

BAL
PLICATE
LIBRARY



LIBRARY
JAN 11 1956
UNIVERSITY OF CHICAGO

HOOVER
LIBRARY

*Die Kommunistische
Internationale*

1927 / HEFT 16

BERLIN, DEN 19. APRIL

30 PFENNI

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONAL

AUS DEM INHALT

Die größte Prüfung / Robert Minor: Die geplante panamerikanische Gewerkschaftskonferenz / Josef Strasser: Vom Austromarxismus / Rosenthal: Das zentrale Problem der Wirtschaftspolitik / Albert Treint: Die Vereinigten Staaten, Mexiko und Zentralamerika / Bücher- und Zeitschriftenschau

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927
HEFT 16 19. APRIL

I N H A L T

	Seite
Die größte Prüfung	761
Minor: Die geplante panamerikanische Gewerkschaftskonferenz	766
Strasser: Vom Austromarxismus	771
Rosenthal: Das zentrale Problem der Wirtschaftspolitik	775
Treint: Die Vereinigten Staaten, Mexiko und Zentralamerika	782
Duret: Die „Nouvelle revue socialiste“	791
Sawdar: Indiens politische Zukunft	794
Rodin: Wie „linke“ Sozialdemokraten Geschichte schreiben	797

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	0,40
Postabonnement monatlich	1,—
Per Kreuzband monatlich	1,25
Postabonnement Quartal	3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

DIE GRÖSSTE PRÜFUNG

Die Ereignisse entwickeln sich mit rasender Geschwindigkeit. Auf Nanking ist Peking gefolgt, auf Peking — Schanghai. Ueberall ist die gleiche Hand im Spiel — die schwarze Hand des britischen Imperialismus, der sich beeilt, die Menschheit vor fertige Tatsachen zu stellen. Es ist dem britischen Imperialismus noch nicht gelungen, eine Einheitsfront der Imperialisten im Kampfe gegen die chinesische Revolution zu schaffen. Er verliert jedoch keine Zeit. Sein Bestreben geht dahin, dieses Bündnis im Prozeß militärischer Aktionen Wirklichkeit werden zu lassen. Und er begeht frech und zynisch ein Verbrechen nach dem andern, um eine große, die ganze Welt erfassende Feuersbrunst unvermeidlich zu machen.

Die britischen Imperialisten erkennen sehr gut, daß die chinesische Revolution objektiv eine Herausforderung für jede imperialistische Macht bedeutet, in erster Linie für die Macht des britischen Imperialismus, die sich heute nur noch auf Bajonette stützt. Jetzt werden diese Bajonette eingesetzt, um mit ihrer Hilfe die Herrschaft des britischen Imperialismus wenn nicht zu retten, so doch mindestens zu verlängern.

Die Frechheit des britischen Imperialismus ist vor allem dadurch bedingt, daß er es verstanden hat, mit Hilfe der reformistischen Führer eine Reihe von glänzenden Siegen über die Arbeiterklasse zu erringen und sich die Hände frei zu machen. Die englischen Imperialisten beschränken sich keineswegs auf die Mobilisierung und Organisierung konterrevolutionärer Kräfte für den militärischen Kampf gegen die chinesische Revolution. Ihre Gelüste gehen viel weiter. In Nanking haben sie aus Schiffsgeschützen der chinesischen Revolution verkündet, daß sie alles tun werden, was in ihren Kräften liegt, um diese Revolution im Blut zu ersäufen. In Peking und in Schanghai haben sie der ganzen Welt kundgetan, daß ihre kriegerischen Absichten nicht nur gegen die chinesische Revolution, sondern auch gegen die Sowjetunion gerichtet sind.

Wir wissen im voraus, daß es die englischen Imperialisten verstehen werden, die formelle Verantwortung für den Ueberfall auf die Sowjetbotschaft in Peking und das Sowjetkonsulat in Schanghai in der einen oder anderen Form von sich abzuwälzen. Die englischen Räuber sind sehr geschickt in der Erfindung der wildesten Vorwände und finden immer irgendeinen Strohmann. In Peking hat sich als dieser Strohmann der holländische Gesandte Oudenyk herausgestellt. Es wird sich auch jemand finden, auf den man die Schuld für das Schanghaier Verbrechen wird abwälzen können. Doch werden all diese Vorwände kaum jemand irreführen. Von Tag zu Tag wird es für jedermann immer klarer, daß England einen neuen großen Krieg vorbereitet, in der Hoffnung, sich dadurch vor dem Prozeß der Zersetzung und des Verfaulens zu retten, den es nicht mehr aufhalten kann.

Uebrigens sind die englischen Diehards bereits so frech geworden, daß sie sich nicht mehr verstellen und keine Ausflüchte mehr machen. Sie ziehen es natürlich noch vor, die Amerikaner als die militärischen Initiatoren

bei der Beschießung von Nanking hinzustellen und den Ueberfall auf die Pekinger Botschaft nicht als das Werk Englands, sondern Hollands gelten zu lassen. Dem Wesen nach aber sprechen die englischen Räuber bereits ganz offen davon, daß sie einen Feldzug gegen die chinesische Revolution sowie gegen die USSR führen.

Noch vor der Beschießung Nankings, also noch lange vor den Pekinger und Schanghaier Verbrechen, legte der nicht unbekanntene Journalist Augur mit verblüffendem Zynismus die Linie des englischen Imperialismus in bezug auf die USSR dar (siehe den Artikel „Moskau“ von Augur in der „Fortnightly Review“). Der Verfasser beruft sich auf das Werk von Sir Arnold Wilson über Persien. In diesem Werk gibt der „ehrbare Diener der englischen Interessen in Persien und Mesopotamien“ (so charakterisiert ihn Herr Augur) folgende Erklärung für den Sieg Englands in Persien:

„Der Golf von Persien erfreut sich seit Jahrhunderten darum des Friedens, weil wir die Feinde von Gesetz und Freiheit aufs Haupt schlugen, ehe wir einen Vertrag schlossen.“

Herr Augur beruft sich auf diese imperialistische Weisheit und empfiehlt, sie auch der Sowjetunion gegenüber anzuwenden. Zuerst müssen die Bolschewiki niedergeschlagen werden, denn sie sind ja Feinde von Gesetz und Freiheit, dann erst wird England einen Vertrag mit Rußland abschließen und es in ein persisches Paradies verwandeln können.

An dieser Politik des englischen Imperialismus ist nichts Neues. Hat er doch kolossale Mittel verwandt für den Versuch, mit Hilfe von Denikin und Kolttschak Sowjetrußland zu vernichten. Damals mußte der englische Imperialismus davon lassen. Unter dem unmittelbaren Druck der proletarischen Massen war er gezwungen, die militärische Aktion einzustellen. In den sechs Jahren hat sich jedoch vieles verändert. Durch Lavieren und Manövrieren hat es das englische Kapital verstanden, der Arbeiterklasse den härtesten Schlag zu versetzen. Jetzt macht der englische Imperialismus den Versuch, wieder zu jener Politik zurückzukehren, die er gegen seinen Willen aufgeben mußte.

Für die gegenwärtige Lage in England ist am meisten der Umstand bezeichnend, daß die zivilisierten Henker nicht daran denken, irgendwelche Abmachungen mit den reformistischen Führern der Arbeiterbewegung zu treffen. Die Vermutung, die englische Regierung würde den Erlaß arbeiterfeindlicher Gesetze hinausschieben, um sich für imperialistische Kriegshandlungen den Rücken zu sichern, hat sich nicht bewahrheitet. Die englischen Konservativen beschränken sich nicht auf die Konzentrierung von Truppen gegen China, auf die Beschießung seiner Städte und Angriffe auf die Vertreter der USSR. Sie führen auch den unmittelbaren Kampf gegen die englische Arbeiterklasse weiter.

Die reformistischen Führer der englischen Arbeiterbewegung befinden sich in einem Zustand vollkommener Kopflosigkeit. Sie berufen jetzt einen außerordentlichen Kongreß ein, zum Kampf gegen jene Härten; die das neue Gesetz über die Gewerkschaften auszeichnen. Von seiten der Regierung wird jedoch nicht die mindeste Aufmerksamkeit diesen Versuchen der reformistischen Führer geschenkt, den Formen der kapitalistischen Offen-

sive entgegenzutreten, die sich gegen die gesamte Arbeiterschaft richtet, den reformistischen Flügel mit einbegriffen.

Lange Monate hindurch haben die reformistischen Führer alles getan, was in ihren Kräften stand, um das Vertrauen der Regierung der Diehards zu erwerben. Sie haben den Generalstreik verraten. Sie betätigten sich als Agenten Baldwins bei der Organisierung der Niederwerfung der Bergarbeiter. Schließlich führen sie jetzt einen wütenden Kampf gegen die Kommunisten und revolutionären Elemente innerhalb der Arbeiterbewegung. Die dürstenden Götter der Reaktion nehmen gern Gaben entgegen, die ihnen von den Aposteln des „Friedens in der Industrie“ dargebracht werden, führen aber gleichzeitig den Angriff seelenruhig weiter.

Die erbärmliche Ohnmacht der reformistischen Führer hat ihren klassischen Ausdruck in den Auslassungen des Herrn Bromley gefunden. Dieser ehemals linke Führer der englischen Arbeiterbewegung war der Götze der herrschenden Klasse Englands während des Bergarbeiterstreiks. Die Kohlenkönige verbreiteten Flugschriften mit den unglaublichsten Ausfällen Bromleys gegen die Streikenden. Die Regierung war sogar bereit, seine treuen Dienste mit einem warmen Pöstchen zu bezahlen. Jetzt fleht Bromley umsonst seine Gebieter um Mäßigung und Vernunft an. Sie haben für ihn nur Spott und Hohn übrig. Bromley hat seine Verräterarbeit vollbracht, er kann gehen. Bromley steht nicht allein da. Seine nächsten Freunde und Mitstreiter wissen sehr wohl, daß die Arbeiter in ihnen die Schuldigen zu sehen beginnen, die die Verantwortung tragen für die Verbrechen der Reaktion sowohl an der Arbeiterklasse in England selbst als auch an der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt.

Das Schicksal der englischen Reformisten wird geteilt von ihren Kollegen in den anderen Ländern. Jahrelang haben sie den Weg für die Reaktion und den Krieg gebahnt. Jetzt aber, wo der Krieg an die Tür pocht, haben sie ganz den Kopf verloren. Aber auch in ihrer Ratlosigkeit bleiben sie ihrem knechtischen Wesen treu.

Um die Linie der Reformisten zu verstehen, muß man die Kommentare betrachten, die ihre Presse zu den Ereignissen in Schanghai, Peking und Nanking gibt. Sogar der bürgerliche Professor Hoetzsch hielt es für seine Pflicht, die öffentliche Meinung davor zu warnen, die Nachrichten über China für bare Münze zu nehmen, da sie „fast ausschließlich monopolisierten englischen Quellen entstammen“. Die sozialistischen Blätter haben sich jedoch dieser Nachrichten im weitestgehenden Maße bedient. Als aber die Nachricht von der offenen und frechen Provokation des englischen Imperialismus kam, da bemächtigte sich ihrer plötzlich ein kritischer Skeptizismus. Der „Daily Herald“ z. B. fühlte sich verpflichtet, die Nachricht Reuters über den Pekinger Ueberfall mit Vorbehalt zu bringen. Der französische „Populaire“ hofft, daß das diplomatische Korps keine Schuld an dem Ueberfall auf die Sowjetbotschaft trägt.

„Welch' erstaunliche Zuvorkommenheit den englischen Imperialisten gegenüber!

Das Zentralorgan der englischen Gewerkschaften und der Arbeiterpartei, der oben erwähnte „Daily Herald“, hält es für seine Pflicht, in diesem außergewöhnlichen Augenblick alle — die Sowjetregierung, die englische Regierung und die Arbeiterbewegung — zur Kaltblütigkeit aufzurufen. Welch

weiser Ratschlag. Die englischen Henker handeln mit größter Kaltblütigkeit, sie denken nicht daran, die Ratschläge des ehemaligen Geistlichen, Herrn Mellone, abzuwarten. Genau so kaltblütig konzentrieren sie in China Land- und Seestreitkräfte. Mit derselben Kaltblütigkeit bereiten sie ein allgemeines Blutbad vor. Und wenn die Arbeiterbewegung passiv bleiben wird, dann wird es für den englischen Imperialismus ein leichtes sein, sein gemeinsames Werk — die offene Organisation eines neuen Krieges — fortzusetzen.

Alle in derselben Weise zur Kaltblütigkeit zu ermahnen, sowohl die englischen Henker als auch die, gegen welche die Henker vorgehen, — das ist in Wirklichkeit ein blutiger Hohn auf den gesunden Menschenverstand und die Interessen der Arbeiterbewegung.

Im gleichen Sinne schreibt das Bruderblatt des „Daily Herald“, der „Populaire“. Das scharfsichtige Blatt des Leon Blum ist endlich darauf gekommen, daß Tschang-Tso-lin einen Krieg gegen die USSR provozieren will. Leon Blum verliert aber nicht seine Ruhe. In bezug auf Frankreich hat seine Partei ihre patriotische Pflicht erfüllt — sie hat Poincaré das vorbildlichste Militärgesetz gegeben. Der Krieg außerhalb Frankreichs hängt, nach der Meinung des offiziellen Organs der französischen sozialistischen Partei, von London und von Moskau ab.

Der Leser soll nicht glauben, daß Leon Blum und seine Mitstreiter tatsächlich von einer solchen Naivität sind. Nein, sie wissen sehr wohl, daß die Hand Tschang-Tso-lins von den Imperialisten von London aus geführt wurde. Der „Populaire“ ist aber an derselben Kaltblütigkeit (lies: Passivität der Arbeiter) interessiert, zu der die Arbeiterschaft vom „Daily Herald“ aufgefordert wird.

Einen noch größeren Zynismus legt der „Vorwärts“ an den Tag. In einem Augenblick, wo die englischen Imperialisten ihre Monopolstellung auf dem Gebiete der Information über China ausnutzen, um im buchstäblichen Sinne des Wortes die ganze Welt mit Verleumdungen zu vergiften, da hält es das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie für geboten, sein Kommentar zu den Pekinger Ereignissen mit folgenden Worten zu beginnen:

„Wenn diese Meldung von der russischen Telegraphenagentur stammte, dann müßte man instinktiv glauben, es handle sich um einen plumpen und verspäteten Aprilscherz.“

Nach diesem unsinnigen Ausfall gegen die Sowjetinformation fahren diese Lakaien fort:

„Aber es ist die englisch-offiziöse Reuter-Agentur, die diesen geradezu ungeheuerlichen Vorgang meldet.“

Der „Vorwärts“ schenkt also der Reuter-Agentur mehr ehrfurchtsvolles Vertrauen als der „Populaire“. Ja noch mehr, der „Vorwärts“ hat den Mut, auszusprechen, daß

„der intellektuelle Urheber dieser kriegerischen Provokation die britische Regierung ist.“

Jedoch läßt er für sich ein Hintertürchen offen. Er versichert nämlich seinen Lesern, daß der Vertreter der englischen Regierung, der Tschang-Tso-lin zu dem Vorgehen gegen die Sowjetbotschaft bevollmächtigte, „ihn unter der Hand aufgemuntert hätte“.

Wir wollen nicht weiter bei den Auslassungen der Reformisten verweilen. Sie sind in zweierlei Hinsicht bezeichnend. Einerseits zeugen sie von der Kopflosigkeit der Reformisten, andererseits sind sie ein Beweis dafür, daß sogar jetzt, wo der Krieg, den die Reformisten mit vorbereiten halfen, an die Tür pocht, sie nur daran ein Interesse haben, unter dem einen oder anderen Vorwand die Wachsamkeit der Massen einzuschläfern.

Der Krieg aber rückt heran. Er pocht an die Tür. An einem großen Frontabschnitt hat er bereits begonnen. Nur Schuffte und Dummköpfe können heute sagen, daß die militärische Intervention in China erst noch vorbereitet wird. Sie ist bereits Wirklichkeit geworden. Ihre Organisatoren sind aus allen Kräften bemüht, den Kriegsschauplatz zu erweitern. Nur freche Lügner können behaupten, daß es allein Tschang-Tso-lin sei, der die USSR in einen Krieg verwickeln will. Tschang-Tso-lin ist für die Kriegsprovokation nicht mehr und nicht weniger verantwortlich als Boncour für das französische Militärgesetz. Die Imperialisten lieben es, sich immer hinter Strohmännern zu verbergen. Bald benutzen sie einen ehrwürdigen holländischen Gesandten, bald — einen chinesischen Räuberhüptling, bald — einen Sozialverräter. Nicht Tschang-Tso-lin provoziert den Krieg, sondern Baldwin. Gleichzeitig werden auch in Europa selbst Kriegsvorbereitungen getroffen, im Zusammenhang mit dem wachsenden Appetit des faschistischen Italien, das in kriegerischen Abenteuern einen Ausweg aus dem drohenden Zusammenbruch sieht. Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann nur ein einmütiger und energischer Kampf der Arbeiterklasse den Krieg verhindern.

Die Arbeiterklasse der ganzen Welt steht jetzt vor einer neuen großen Prüfung, die noch drohender ist als die von 1914. Damals wurde die Arbeiterklasse von dem Krieg überrumpelt. Die aktiven Elemente der Arbeiterbewegung vertrauten ihren sozialdemokratischen Führern. Der 4. August ist aber nicht spurlos vorübergegangen. Aus dem imperialistischen Krieg erwuchs eine mächtige revolutionäre Bewegung. Das Ergebnis dieser revolutionären Bewegung sind die Sowjetunion und die kommunistischen Parteien. Die sich heute vollziehende gewaltige Revolution des 400-Millionen-Volkes ist ein Resultat jener revolutionären Bewegungen, die den Osten aufrüttelten.

Um seine kriegerischen Absichten zu verwirklichen, muß der Imperialismus alle Folgen der revolutionären Bewegung der Nachkriegszeit vernichten. Eben darum wird die blutige Intervention in China begleitet von der Vorbereitung militärischer Aktionen gegen die Sowjetunion und von einer Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern. Die proletarische Bewegung kann und muß aber auch jetzt noch, den Reformisten und ihren Gebietern zum Trotz, den Henkern in den Arm fallen, falls sie es vermag, unverzüglich den Krieg gegen den Krieg zu organisieren.

Die Losung Krieg dem Kriege hat im Munde von Kommunisten eine konkrete politische Bedeutung. Es handelt sich nicht um Manifeste, in der Art, sagen wir, des von Basel, die nur dazu geschrieben werden, um die Teilnahme an der Kriegsvorbereitung zu verschleiern. Der imperialistische Welt-

krieg hat uns ein anderes Beispiel für den Krieg gegen den Krieg gegeben. Wir meinen jenen Bürgerkrieg, der dazu führte, daß das alte Rußland aus dem imperialistischen Krieg ausschied und der erste sozialistische Staat geschaffen wurde.

Dieses Vorbild muß jetzt vor uns stehen. Dem banalen Geschwätz der Herren Reformisten über Vernunft und Kaltblütigkeit stellen wir den Gedanken Dantons entgegen, daß ein wirklicher Revolutionär in sich vereinigen muß ein heißes Herz, einen nüchternen Verstand und einen eisernen Willen. Diese Eigenschaften sind besonders erforderlich heute, wo die Arbeiterklasse vor der größten Prüfung steht.

ROBERT MINOR:
DIE GEPLANTE PANAMERIKANISCHE
GEWERKSCHAFTSKONFERENZ

Im Jahre 1898 lernten die Imperialisten der Vereinigten Staaten den süßen Geschmack des Blutes von Latein-Amerika kennen, als sie im Kriege gegen Spanien Kuba und Portoriko „befreiten“. In den neunundzwanzig Jahren, die darauf folgten, hat die imperialistische Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Politik der Ausplünderung und des Seeräubertums gegenüber den kleinen Republiken von Südamerika, Mexiko und Mittelamerika und gegenüber den Inselrepubliken des Karibischen Meeres betrieben. Von 1900 bis 1915 hat die Regierung der Vereinigten Staaten mit allen erdenklichen Mitteln, angefangen von diplomatischen Intrigen und der Unterstützung von Mörderbanden mit Geldmitteln bis zur offenen Verwendung von Kriegsschiffen und Truppen, die Regierungen von fünf Republiken gestürzt, die am Karibischen Meer gelegen sind. Unter Verwendung der meisten dieser Hilfsmittel, einschließlich Kriegsschiffe und Marinetruppen, hat Präsident Roosevelt die Republik Panama im Jahre 1903 überfallen und geraubt. Im Jahre 1905 hat die Regierung der Vereinigten Staaten die Regierung der Republik San Domingo praktisch beseitigt und fast zur gleichen Zeit eine Reihe militärischer Ueberfälle auf die Republik Kuba begonnen. Im Jahre 1909 begann die Regierung der Vereinigten Staaten unter dem Präsidenten Taft eine Reihe blutiger und schmutziger Abenteuer in Nikaragua; mit Bestechungen, Verschwörungen und Mordtaten sollte die Republik von Nikaragua zerstört und ihr Gebiet zum Vorteil der Kapitalisten der Vereinigten Staaten und des kapitalistischen Imperialismus als ein von Neuyork aus verwaltetes System übernommen werden. Im Jahre 1912 führte einer dieser Zwischenfälle zu einem Angriff auf Nikaragua durch Streitkräfte der Vereinigten Staaten (acht Kriegsschiffe und 2700 Mann). Während dieser Zeitspanne wurden die militärischen Drohungen und die tatsächliche Verwendung von Truppen gegen Portoriko fortgesetzt. Im Jahre 1915 überfielen die Marinestreitkräfte der Vereinigten Staaten die Republik Haiti und eroberten dieses Gebiet, das zu einer Kolonie der Vereinigten Staaten wurde. Dem Kauf der Virginischen Inseln (von

Dänemark im Jahre 1916) folgte die uneingeschränkte militärische Willkürherrschaft, die die übliche Form der Demokratie der Vereinigten Staaten ist, so oft diese Demokratie gegenüber einem schwächeren Volke zur Anwendung gelangt. Diese Reihe kleiner Angriffskriege der Vereinigten Staaten während des Vierteljahrhunderts „Friedenszustandes“ nach dem Kriege zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten hat den Kapitalisten der Wall Street ein Karibisches Reich geschaffen. Am Westrande dieses Kolonialreiches befindet sich der im Jahre 1914 fertiggestellte Panama-Kanal, der gebaut wurde im unmittelbaren Hinblick auf die Besitzergreifung der Republik Panama. Natürlich ist dieser Kanal, der den Atlantischen Ozean mit dem Stillen Ozean verbindet, der Mittelpunkt der Marinestrategie der Vereinigten Staaten sowie der Schlüssel zur Ausbeutung von ganz Süd- und Mittelamerika.

Im Zusammenhang mit der Frage des Panama-Kanals dauerte der oben beschriebene imperialistische Angriff angefangen vom Kriege zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten im Jahre 1898 bis zum Weltkriege. Nach dem Weltkriege aber begann eine neue Periode, während der der Imperialismus der Vereinigten Staaten eine brutalere Form annimmt, jetzt in Verbindung mit dem Plane eines weiteren Kanals zwischen den beiden Ozeanen auf dem Gebiete von Nicaragua, und deutlicher auf eine Monopolstellung in bezug auf die Gesamtheit der westlichen Halbkugel und auf die Vorbereitungen zum Kriege des Stillen Ozeans abzielt. In dieser Zeitspanne versuchten gewisse Agenten der imperialistischen Regierung der Vereinigten Staaten die Anwendung einer der zeitgemäßerer und verfeinerten Unterjochungsmethoden. Diese Agentur des Imperialismus der Vereinigten Staaten ist die Bürokratie der American Federation of Labor. Diese Agentur begann im Jahre 1918 zu arbeiten, vor Beendigung des Weltkrieges, während die Vereinigten Staaten fieberhaft manövrierten, um den britischen Einfluß und das britische Kapital aus Südamerika, Mexiko und Mittelamerika zu verdrängen, während Großbritannien noch mit dem Weltkriege beschäftigt und nicht imstande war, die Lücke auszufüllen, die durch die Verdrängung Deutschlands aus Südamerika entstanden war. Die Bürokratie der American Federation of Labor hatte den Gewerkschaftsapparat offen zu einem Apparat gemacht, der der Regierung der Vereinigten Staaten zur Verfügung stand, und berief dann gegen Kriegsende, offensichtlich auf Weisung der Regierung, nach Laredo im Bundesstaate Texas einen sogenannten Pan-amerikanischen Arbeiterkongreß ein, an dem Delegationen aus Mexiko, Kolumbien, Kostarika, Salvador und Guatemala zusammen mit den Agenten der Regierung der Vereinigten Staaten in Gestalt der Bürokraten der American Federation of Labor teilnahmen. Hier wurde in aller Form die „Pan-American Federation of Labor“ organisiert, an der sich die Gesamtheit der Arbeiterbewegung von Latein-Amerika keineswegs beteiligt, deren Bedeutung aber zu einem großen Teile darin besteht, daß die „Crom“ (der Gewerkschaftsverband von Mexiko) in diese Organisation hineingezogen wurde, in der sie ein terrorisiertes oder korrumpiertes Werkzeug der als Agent des nordamerikanischen Imperialismus tätigen American Federation of Labor werden sollte. Während der letzten acht Jahre haben vier Kongresse dieser „Pan-American Federation of Labor“ stattgefunden.

Der Dezember 1926 brachte den dramatischen militärischen Ueberfall auf

die Republik Nikaragua, den tatsächlichen Sturz der gesetzmäßig gebildeten Regierung und die Einsetzung eines Söldlings der Interessenten von der Wall Street zum Präsidenten.

Während die bei diesem Staatsstreiche verwendeten Gewehre noch rauchten, schrieben die Agenten des Imperialismus der Vereinigten Staaten im Gebäude der American Federation of Labor in Washington einen langen, zuckersüßen diplomatischen Brief an die Arbeiterorganisationen jedes einzelnen der einundzwanzig Länder von Latein-Amerika, die Gegenstand des Angriffes der Regierung und des Kapitals der Vereinigten Staaten sind, wobei sie alle Gewerkschaftsorganisationen dieser einundzwanzig Länder einluden, zum „Fünften Kongreß der Pan-American Federation of Labor“ zu kommen, der am 18. Juni 1927 in Washington beginnen soll. Dies ist in der Tat die bloße Fortsetzung des üblichen Verfahrens, panamerikanische Konferenzen abzuhalten, aber die Konferenz dieses Jahres, zu der die Einladungen wenige Tage nach den verbrecherischen Angriffen auf Nikaragua versandt wurden, soll sicherlich mehr als die übliche Bedeutung haben, die den vorhergegangenen Konferenzen dieser Körperschaft beigemessen wird. Der Einladungsbrief ersucht „die organisierten Arbeiter aller amerikanischen Republiken“, ihre Delegierten zu entsenden. Die Einladung nennt folgende „unmittelbaren Zwecke“:

1. Herstellung besserer Verhältnisse für die von einem Lande in ein anderes einwandernden Arbeiter.
2. Schaffung einer besseren Verständigung und besserer Beziehungen zwischen den Völkern der Republiken von ganz Amerika.
3. Ausnützung aller gesetzmäßigen und ehrlichen Mittel zum Schutze der Rechte, der Interessen und des Wohlstandes der Völker der Republiken von ganz Amerika.
4. Ausnützung aller gesetzmäßigen und ehrlichen Mittel zur Pflege der günstigsten und freundschaftlichsten Beziehungen zwischen den Arbeiterorganisationen und zwischen den Völkern der Republiken von ganz Amerika.

Ein sorgfältiges Durchlesen der „vier“ Punkte zeigt, daß die „vier“ Punkte praktisch ein einziger Punkt sind, der viermal in leicht voneinander abweichenden Formen wiederholt wird, unzweifelhaft zu dem Zwecke, die lebenswichtigen Punkte zu umgehen, die zu aufrichtigen Zwecken auf die Tagesordnung gesetzt werden könnten. Aber das Einladungsschreiben zeigt später in seinem Text klar genug, daß sein Zweck nicht darin besteht, in irgendeiner Weise dazu zu dienen, die Grundlage für den Kampf gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten zu legen, sondern (mit genau dem entgegengesetzten Zwecke) den Anschluß der Gewerkschaften aller Länder von Amerika an die „Pan-American Federation of Labor“ zu erlangen, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen der imperialistischen Beziehungen, bei der vollständigen und schamlosen Hilfe, die die Bürokratie der American Federation of Labor, mit dem Vorsitzenden Green an der Spitze, den kapitalistischen imperialistischen Vereinigten Staaten leistet, nur bedeuten kann, daß Green hofft, die Gewerkschaftsbewegung von Nord- und Südamerika sowie der Inseln des Karibischen Meeres in eine Organisation hineinzuzwängen, die unter der Aegide Greens als Handlanger des Imperialis-

mus der Wall Street bei der Unterjochung und „Befriedung“ der amerikanischen Kolonien dienen soll.

Green mitsamt seinen Helfershelfern aber hat es nicht gewagt, deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß seine wirkliche Absicht darin besteht, Anschlüsse an die „Pan-American Federation of Labor“ zu erzielen. Dieser Agentur des Imperialismus ist es bereits unmöglich, die Massen der Arbeiterschaft von Latein-Amerika zum organisatorischen Eintritte zu gewinnen.

Aber die geplante panamerikanische Konferenz ist ein Hasardspiel Greens. Green spekuliert auf die von ihm vermutete Dummheit der Millionen Arbeiter, die er nach Washington einzuladen geruht, damit sie vor den Imperialisten der Wall Street auf die Knie fallen. Die Einladung verfolgt offenbar das Ziel, das die Bürokratie Greens erwartet, nämlich, daß die Arbeiterorganisationen von Latein-Amerika in einer einfachen Weise darauf antworten: Die revolutionär gesinnten Arbeiter dadurch, daß sie der Einladung keine Aufmerksamkeit widmen und die Sache einfach sich selbst überlassen, während die rückständigeren Arbeiter als ihre Vertreter auf diese Konferenz etwa ein halbes Hundert Lakaien vom Schlage Greens selbst entsendenden, die dorthin kommen, um zu allen bedeutungslosen und human klingenden Redensarten Greens Ja und Amen zu sagen und um mitzuhelfen, die gesamte Arbeiterschaft von Latein-Amerika vor den Karren der Wall Street zu spannen. Wenn die Erwartungen Greens in bezug auf die Art und Weise, in der die verschiedenen Elemente der Arbeiterschaft von Latein-Amerika auf die Einladung reagieren, in Erfüllung gehen, wird der Kongreß ein harmonievoller Chor von Sklaven sein, die ihren Herren aus den Vereinigten Staaten Lobeshymnen singen.

Es ist aber zu bezweifeln, ob sich Greens Berechnungen diesmal als richtig erweisen, denn es ist zweifelhaft — und sogar undenkbar — daß die revolutionär gesinnten Arbeiterorganisationen so töricht sein werden, Green die Gefälligkeit zu erweisen, dieser Konferenz fernzubleiben.

Das gesamte Latein-Amerika war in fieberhafter Erregung über die ungeheuren Verbrechen, die die Regierung der Vereinigten Staaten in den letzten Jahren und noch in den letzten Wochen gegen die Souveränität der Republiken von Latein-Amerika verübt hat. Jetzt muß sich eine Lawine von Haß und Verachtung von den Massen von Latein-Amerika aus ergießen, heftiger denn je, und besonders von der Arbeiterbewegung aus und auf die Köpfe des Imperialismus der Vereinigten Staaten und deren Helfershelfer unter der Arbeiterschaft in Gestalt der Führer der American Federation of Labor herabstürzen. Der Ruf Greens kann etwas ganz anderes herbeiführen, als Green erwartet, wenn die stärksten Elemente der Arbeiterschaft von Latein-Amerika seine Herausforderung annehmen und diese Konferenz in Washington in eine Konferenz verwandeln, auf der die Stimme der Massen der Werk tätigen von Südamerika, Mexiko und Mittelamerika und der Inseln des Karibischen Meeres vernehmlich wird.

Die wahre Stimme der Arbeiter von Latein-Amerika wird und kann nur Krieg bis aufs Messer gegen die kapitalistischen Vereinigten Staaten und gegen den Imperialismus, der deren einzige Politik ist, verlangen und verkünden. Die Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten — die Gewerkschaften der Vereinigten Staaten — ist ebenso daran interessiert, den Kapitalismus und Imperialismus der Vereinigten Staaten zu zerstören; aber die wahren

Interessen der Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten werden von den Vertretern der Vereinigten Staaten auf der Konferenz von Washington nicht zu Worte gebracht werden, wenn nicht, den offiziellen Paten zum Trotz, diese wahre Stimme zum Durchbruch gelangt. Die einzigen Forderungen, die von Vertretern der Arbeiterschaft von Latein-Amerika in aufrichtiger Weise erhoben werden, werden Forderungen sein, die Green, der Agent des Imperialismus der Vereinigten Staaten, nicht annehmen kann, sondern bekämpfen muß.

Die gesündeste Politik der Arbeiter und der Gewerkschaften von Latein-Amerika würde darin bestehen, daß sie ihre Vertreter nach Washington mit der Weisung entsenden, dort für die unbedingte und sofortige Zurückziehung aller bewaffneten Kräfte und aller Kriegsschiffe aus den Gewässern des Karibischen Meeres und von Süd- und Mittelamerika, für die sofortige Räumung aller Gebiete von Portoriko, Haiti, Nikaragua und der Philippinen sowie für eine Latein-Amerikanische Föderation gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten einzutreten. Die Arbeiter der Republiken von Latein-Amerika haben das Recht, die volle Unterstützung der gesamten Gewerkschaftsbewegung der Vereinigten Staaten für ihre Forderungen zu verlangen. Green und das Häuflein Büttel des Imperialismus der Vereinigten Staaten, die die „Pan-American Federation of Labor“ in Betrieb halten, werden sicherlich gezwungen werden, offen als Agenten der Feinde aller Arbeiter gegen alle wirklichen Forderungen hervorzutreten, wenn solche Forderungen ernsthaft gestellt werden. Green, der bewußt und einge-standenermaßen dem Kapitalismus als seinem Herrn dient, darf es nicht gestattet werden, der Regierung der Wall Street zu helfen, die Arbeiterbewegung von Nord- und Südamerika zu erdrosseln. Wenn die vorgeschritteneren Elemente der Gewerkschaften von Latein-Amerika bei dieser Gelegenheit nicht aufgerüttelt werden, werden am 18. Juli in Washington ein paar Strohpuppen in ihrem Namen sprechen und sie zur ständigen Sklaverei verpflichten. Wenn aber diese Arbeiter von Latein-Amerika zum vollen Bewußtsein der Gefahr gelangen, und wenn sie die Gelegenheit wahrnehmen, dann mag die „Panamerikanische Konferenz“ vom 18. Juli eine Gelegenheit, dieses imperialistische Werkzeug zu zertrümmern, und der Beginn eines Bündnisses der Massen von Latein-Amerika zum Kampfe gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten werden. Wenn die Konferenz ein solcher Beginn sein wird, kann sie einer breiter angelegten Einheit behilflich sein, der Welteinheit der Gewerkschaftsbewegung, die auch von den Arbeitern der Vereinigten Staaten unterstützt werden wird, wenn sie diesen greulichen Agenten des Imperialismus, William Green, auf den Schutthaufen geworfen haben werden.

JOSEF STRASSER:
VOM AUSTROMARXISMUS

W a s e r w a r u n d w a s e r i s t

Das Wort Austromarxismus hat für viele von uns jeden bestimmten Sinn verloren. Es dient ihnen zur Bezeichnung der allerverschiedensten Begriffe, und oft gebrauchen sie es überhaupt nicht als Begriffswort, sondern als Empfindungslaut, der ungefähr dasselbe ausdrücken soll wie ein besonders kräftiges Pfui. Solcher Bedeutungswandel ist an sich nicht auffallend: alle Wörter ändern im Laufe der Zeit ihren Sinn und nicht wenige verkehren ihn in sein Gegenteil. Aber das Wort Austromarxismus hat diese Entwicklung mit einer ungewöhnlichen Geschwindigkeit durchgemacht. Es ist noch sehr jung, ein Kind unseres Jahrhunderts — wie konnte in kaum zwei Dutzend Jahren aus dem Namen einer ganz bestimmten, ganz eigenartigen Theorie eine Bezeichnung für ganz unbestimmte Begriffe, ja ein Schimpfwort werden?

Die Geschichte des Austromarxismus wird uns vielleicht Antwort geben.

Der Austromarxismus ist in den neunziger Jahren entstanden. Als sein Vater wird gewöhnlich Kautsky genannt. Diese Angabe ist nicht unrichtig, aber sehr unvollständig. Es liegt eine Kollektivvaterschaft vor, und Kautsky ist keineswegs der Hauptpapa. Wohl sind die Austromarxisten Schüler von ihm, aber der besondere Gedanke, der dem Austromarxismus zugrunde liegt, ist nicht von ihm ausgegangen und auch nicht in seinem (damaligen) Geiste gedacht. Dieser Gedanke rührt überhaupt nicht von einem Theoretiker her, sondern von zwei Männern der Praxis, von Viktor Adler, der, ein Skeptiker, aller Theorie abhold war, und Friedrich Austerlitz, der Schopenhauer für den größten aller Philosophen hält und darum für Marx nicht viel übrig haben kann, übrigens im Gegensatz zu den meisten Reformisten nie die Unredlichkeit begangen hat, als Marxist aufzutreten. Von rein marxistischer Herkunft ist also der Austromarxismus jedenfalls nicht. Aber, darauf kommt es vor allem an, worin besteht seine Besonderheit?

Die Krise des österreichischen Staates versetzte das österreichische Proletariat in eine schier ausweglose Lage. Der Kampf der Arbeiter um bessere Lebensbedingungen erschien als aussichtslos, ja fast als unmöglich, wo der Nationalitätenstreit kein „normales“ staatliches Leben zuließ. So stand den nationalistischen Parteien nicht nur die Regierung, die um den Staat bangte, sondern auch die sozialdemokratische Partei gegenüber. Aus diesem Nebeneinander wurde allmählich ein Miteinander. Es wurde der Grund zu der Koalitionspolitik gelegt, in der die österreichischen Sozialdemokraten heute solche Virtuosen sind; dabei waren aber die Grundleger zweifellos der festen Ueberzeugung, daß sie den schärfsten Klassenkampf führten. Es wurde der Gedanke geboren: die österreichischen Arbeiter sind berufen und befähigt, aus dem verlotterten alten Oesterreich einen modernen bürgerlichen Staat zu machen. Das war der Ader-Austerlitzsche Gedanke, aus dem Karl Renner die Theorie machte, die man Austromarxismus nennt; es war der Gedanke des Austromarxismus.

Das soll nicht heißen, daß die Austromarxisten nicht auch andere Gedanken gehabt hätten — durchaus nicht. Sie sind sehr fruchtbar, sie haben der Gedanken gar viele gehabt, aber, von ihrem Königsgedanken abgesehen, nicht einen einzigen, den nicht auch andere Zentristen oder Reformisten hätten haben können. Nehmen wir die bedeutendste Leistung des Austromarxismus, Hilferdings Finanzkapital. Was ist an diesem Buch austromarxistisch? Auch ein Gegner des Austromarxismus hätte es schreiben können. Man wird sagen: Aber auch die Auffassung, daß das Proletariat einen bürgerlichen Staat aufbauen soll, kann ein Zentrist oder Reformist teilen, ja der Wiederaufbau des kapitalistischen Staates ist heute das Endziel aller reformistischen Politik. Wenn sich der Austromarxismus also wirklich vom gewöhnlichen Reformismus unterscheidet, so muß der Unterschied wo anders liegen als in der Staatsauffassung.

Darauf folgendes: alle Reformisten stellen sich heute zum Staat ganz so wie der Austromarxismus. Sie spielen sich als die Gönner und Beschützer des bürgerlichen Staates auf. Früher waren sie bescheidener, da redeten sie nur von der positiven Mitarbeit. Die Austromarxisten gingen viel weiter: sie traten als die Schöpfer des kommenden neuen Oesterreich auf. Das war nur ein quantitativer Unterschied, er sah aber aus wie ein qualitativer. Dazu kam, daß das Selbstbewußtsein der Austromarxisten nie durch den Verdacht getrübt wurde, ihre Politik könnte reformistisch sein. Denn ihre Partei trat trotz ihrer Kleinheit, trotz der Rechtlosigkeit des österreichischen Proletariats, gegenüber dem lausigen Staat, mit dem sie zu tun hatte, ganz anders auf als etwa die viel stärkere deutsche Sozialdemokratie gegenüber der starken deutschen Staatsgewalt; und das hielten sie für revolutionär, für streng marxistisch, darum blickten sie auf den Reformismus geringschätzig herab. Und darum auch wurde der Austromarxismus von den nichtösterreichischen Sozialisten, wenn auch nicht verstanden, so doch sehr respektiert.

Als eine zweite Besonderheit der Austromarxisten könnte man hervorheben, daß sie kaum je über irgendeinen Punkt der Theorie einig waren. Nicht einmal zum eigentlichen Austromarxismus bekannten sich alle Austromarxisten. Otto Bauer weicht in seinem Buch über die Nationalitätenfrage von Renner sehr stark ab; dabei hat er dort, offenbar um den Parteifrieden nicht zu stören, durchaus nicht alles gesagt, was er über die Rennerschen Auffassungen zu sagen hatte. Aber trotz aller Meinungsverschiedenheiten hat es im austromarxistischen Lager höchst selten Diskussionen gegeben: in einem Lager, im Angesicht des Feindes, soll ja nicht gestritten werden. Alle Austromarxisten haben einen unwiderstehlichen Hang zum Monolog.

Der Weltkrieg hat den Utopismus der austromarxistischen Doktrin aufgezeigt. Das Habsburger Reich ist zerschlagen. Renner, der Fanatiker des Oesterreichertums, mag mit seinen Getreuen eine Zeitlang auf die Donauföderation gehofft haben, heute spricht auch er, wenngleich ohne alle Begeisterung, für den Anschluß an Deutschland. Und nun geschieht das Merkwürdige, scheinbar Unbegreifliche: fast in demselben Augenblick, in dem die Geschichte die Grundgedanken des Austromarxismus widerlegt und alle seine Hoffnungen zerstört, fast noch in diesem Augenblick fängt er an, jäh aufzusteigen. Er bekommt internationale Geltung. Die Reformisten aller Länder bewundern die österreichische Sozialdemokratie als die Musterpartei der Zweiten Internationale.

Noch mehr: sie holen sich vom Schindanger der Geschichte die austromarxistische Staatsauffassung. Sie behandeln den Austromarxismus genau so, wie in der bekannten Anekdote die Krakauer Juden ihren Wunderrabbi. Dieser, als Hellseher berühmt, verkündet seiner Gemeinde eines Tages die Trauerbotschaft: Soeben ist der Rabbi von Tarnow gestorben. Am nächsten Tage stellt sich heraus, daß der Totgesagte frisch und gesund ist wie ein Fisch im Wasser, aber das erschüttert den Glauben der Krakauer Juden an ihren Seher durchaus nicht. Sie sagen: Er hat sich einmal versehen, das kann vorkommen. Aber das Wunderbare an ihm ist doch, daß er überhaupt den Kick von Krakau bis Tarnow hat. Genau so die Reformisten über den Austromarxisten: Mit dem Aufbau eines neuen Oesterreich durch das Proletariat hat er sich ja schwer geirrt. Das kann vorkommen, aber das Wunderbare an ihm ist, daß er überhaupt die Befähigung und Verpflichtung des Proletariats zum Aufbau des kapitalistischen Staates entdeckt hat.

Wie kommt der Reformismus zu dieser seltsamen Logik? Seine Verhältnisse zwingen sie ihm auf. Wo kann, wo muß sich eine Staatslehre, wie die des Austromarxismus, entwickeln? Nur in einem Staat, der wackelt und nur in einer Arbeiterpartei, die nicht den Weg der Revolution beschreiten will. Heute wackelt die ganze kapitalistische Welt, und so muß heute in allen reformistischen Parteien geschehen, was sich vor dem Krieg, da nur der österreichische Staat aus dem Leim zu gehen drohte, nur in der österreichischen Sozialdemokratie begeben konnte. Der Reformismus bekehrt sich auf der ganzen Linie zum Austromarxismus.

Erleichtert wird ihm das durch die Bekehrung des Austromarxismus zum Reformismus. Sie ist glatt vonstatten gegangen, denn im Grunde war der Austromarxismus immer reformistisch, nur wußte er es die längste Zeit selbst nicht. Das erklärt sich aus seiner Lage. Das hochentwickelte österreichische Proletariat lebte in einem politisch ganz rückständigen Staat, der zugleich ein untergehender und darum schwacher Staat war. Oesterreich war halb unreif, halb verfault. Aus diesen noch nicht dagewesenen Umständen erklärt sich das große, geschichtlich bedeutsame Mißverständnis des Austromarxismus über sein eigenes Wesen, die Verwechslung heftiger Gebärden mit marxistischen Grundsätzen. Die Entwicklung hob allerdings allmählich die Voraussetzungen dieses Mißverständnisses auf, und es wurde den Austromarxisten immer schwerer, gutgläubig auf ihrem Standpunkt zu verharren. Nach dem Krieg wurde es unmöglich, und der Austromarxismus ging mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel zum Reformismus über. Es kam die Koalition und nach ihrem Zusammenbruch die Politik der steten Koalitionsbereitschaft. Es kam die Zeit, in der Otto Bauer seinen revidierten Marxismus noch einmal revidierte, bis er schließlich mit überlegener Ironie von dem jungen Dr. Marx sprach.

Aber wenn sich die Austromarxisten nun schon als Reformisten geben, so wollen sie doch wenigstens Edelreformisten sein und durchaus nicht zu dem gewöhnlichen Reformistenpack geworfen werden. Koalitionspolitik? Selbstverständlich. Aber Noske? Unter gar keiner Bedingung. Die österreichischen Sozialdemokraten sind sehr stolz, weil sie ohne Noske ausgekommen sind, d. h. sie rechnen sich ihr Glück als Verdienst an. Kein Proletariat ist aus dem Krieg so hoffnungslos herausgekommen wie das österreichische, und

die revolutionäre Bewegung war darum in Oesterreich sehr schwach, so daß kein Noske nötig war, sie niederzuschlagen. Zwar sind auch unter der Koalitionsregierung Arbeiter erschossen worden, aber was haben diese paar Toten neben den Massen zu bedeuten, die Noske hingeschlachtet hat? Daß sie so fragen können, darauf sind die österreichischen Sozialdemokraten sehr stolz.

Und geradezu hochmütig reden sie von ihren positiven Leistungen, insbesondere von der Wiener Gemeindepolitik. Die von den Sozialdemokraten verwaltete Gemeinde Wien hat in ein paar Jahren 30 000 Kleinwohnungen gebaut! Der Wiener Rothschild muß bloß dafür, daß er viele Lakaien hat, jährlich 300 000 Mark zahlen! Ist das Sozialismus oder nicht? Wir wollen sehen. Die Steuerpolitik der Gemeinde Wien geht — die Sozialdemokraten haben es vor ein paar Wochen in ihrem Wahlaufwurf mit Stolz hervorgehoben — hauptsächlich auf die Besteuerung des Luxus aus. Sie will nicht die Verfügung der Kapitalisten über die Quellen des Mehrwertes beseitigen, sie will auch nicht den Mehrwert allzu grob anpacken, sondern nur jenen Teil des Mehrwerts erfassen, den der Kapitalist nicht akkumuliert, sondern verspeist. Bisher haben vom Luxus der Kapitalisten nur gewisse Schichten des Kleinbürgertums und die Klasse der Trinkgeldnehmer profitiert, und zwar nicht sehr viel. Nun soll sich, das ist der tragende Gedanke der Wiener Steuerpolitik, zu diesen armseligen Nutznießern des kapitalistischen Luxus das ganze Proletariat gesellen. Was der Proletarier außer seinem Arbeitslohn braucht, soll von einem kleinen Teil des Geldes bezahlt werden, das der Kapitalist verjuxt. Die Kapitalisten sollen nur ein bißchen geschöpft oder, wie man in Wien sagt, gewürzt werden — das ist alles, was die Wiener Sozialdemokratie von der Expropriation der Expropriateure übrig gelassen hat. Dieser parasitäre Sozialismus kann nirgends, auch nicht in der Fremdenstadt Wien, für das Proletariat mehr ausschlagen als ein Trinkgeld; den Austromarxisten aber erscheint er als die Verwirklichung aller proletarischen Hoffnungen mitten in der kapitalistischen Gesellschaft.

Vor einiger Zeit wurden sie, allerdings nur scheinbar, ganz hoffärtig: sie fingen an, von der Eroberung der parlamentarischen Macht zu reden. In Wirklichkeit gelüstete und gelüftet es keinen von den maßgebenden österreichischen Sozialdemokraten nach einem solchen Abenteuer. Vor nichts graut ihnen mehr als vor der Eroberung der Macht, sei es auch nur eine Eroberung durch den unblutigen Stimmzettel. Koalitionspolitik? Ja, unbedingt ja. Denn da kann man sich immer auf den Koalitionspartner ausreden, der einem die Hände bindet, so daß man nicht kann, wie man möchte. Aber Alleinregierung, d. h. Koalitionspolitik unter alleiniger sozialdemokratischer Verantwortung? Nie! Reden kann man ja von der Eroberung der Mehrheit, das macht sich gut; aber wirklich in die Majorität hineinplumpsen — nein.

Und nun hat auch das Reden ganz plötzlich aufgehört. Im sozialdemokratischen Wahlaufwurf steht kein Sterbenswörtchen von der parlamentarischen Mehrheit. Dieser Aufruf ist überhaupt kein Kampfruf, sondern beinahe ein Hilferuf. Zwar werden die Wahlen kaum größere Verschiebungen der Kräfteverhältnisse bringen, aber für die Sozialdemokraten wird nach den großen Reden, die sie geführt haben, auch ein unbedeutender Verlust, ja selbst die Behauptung ihres Besitzstandes eine moralische Niederlage

sein. Daher die katzenjämmerliche Stimmung, in der sie den Wahlkampf führen.

Jenen Arbeitern, die sich noch nicht entschieden haben, ob sie für oder gegen den Austromarxismus stimmen sollen, rufen wir Kommunisten zu: Man muß ihm auf die Fäuste sehen, nicht aufs Maul, d. h. nicht auf Bauer, der die schönen Reden hält und die schönen Aufsätze schreibt, deren sich die österreichische Sozialdemokratie bedient, wie so manche verblühte Schönheit der Schminke, sondern auf Seitz und seine Helfer, die die weniger schöne Politik machen.

K. ROSENTHAL:

DAS ZENTRALE PROBLEM DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Eine allgemein anerkannte und vollkommen unbestrittene Wahrheit ist der Grundsatz, daß die Befestigung und Stärkung der Diktatur des Proletariats und das Fortschreiten des sozialistischen Aufbaues als grundlegende und wichtigste Voraussetzung die Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft haben müssen, daß der Festigkeitsgrad dieses Bündnisses von dem Grade der Festigkeit ihres wirtschaftlichen Bündnisses, d. h. von dem Zusammenschluß der neuen sozialistischen Oekonomie mit der bäuerlichen Oekonomie abhängt und, schließlich, daß die Preispolitik die Bedingung für die Festigkeit dieses Bündnisses ist.

Andererseits ist die richtige Lösung des Preisproblems die unumgänglichste und wichtigste Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung des von unserer Partei eingeschlagenen Kurses auf die Industrialisierung des Landes. Es ist unmöglich ein Land, auf der Grundlage hoher Industriepreise zu industrialisieren. Einer gesunden, wirtschaftlich rationellen Entfaltung der Industrie muß auch eine immer zunehmende zahlungsfähige Nachfrage entsprechen. Und diese letztere ist im wesentlichen nichts anderes als eine Funktion einerseits der Preise für Industriewaren und andererseits der Höhe der Arbeitslöhne und der Preise für Erzeugnisse der Bauernwirtschaft. Also bedeutet unter den gleichen anderen Umständen das Anziehen der Preise für Industriewaren ebenso wie das Sinken der Arbeitslöhne und der Preise für Erzeugnisse der Bauernwirtschaft eine Einschränkung der zahlungsfähigen Nachfrage.

Diese simple und sehr elementare ökonomische Wahrheit leuchtete übrigens vielen Genossen von der Opposition nicht ein. „Der Vernunft zum Trotz, den Elementen zuwider“ bauten die Verfechter des „Ueberindustrialismus“ ihren ganzen Plan der „übermaximalen“ Entfaltung der Industrie auf hohen Industriepreisen und auf gesteigerter Besteuerung der Bauernschaft auf. Oder, mit anderen Worten, auf der sozusagen „zweiseitigen“ Einschränkung der zahlungsfähigen Nachfrage der Verbraucher, wobei sie durchaus nicht begreifen, daß sie eben dadurch den Industrialisierungsgedanken selbst in eine Sackgasse geraten lassen, daß sie eben dadurch un-

vermeidlich die Zerreißung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft fördern.

Also ist in unserem gegenwärtigen Entwicklungsstadium die Preispolitik derjenige Brennpunkt, in dem alle wichtigsten Aufgaben des sozialistischen Aufbaues sich sammeln und von dem ihre erfolgreiche Lösung abhängig ist.

Es heißt in der vom Februarplenun des Zentralkomitees der KP der SU angenommenen Resolution:

„Im Preisproblem kreuzen sich alle grundlegenden ökonomischen und folglich auch politischen Probleme des Sowjetstaates. Die Festsetzung richtiger gegenseitiger Beziehungen zwischen der Bauernschaft und der Arbeiterklasse, die Sicherung der Entwicklung der miteinander zusammenhängenden Landwirtschaft und Industrie, die Verteilung des Nationaleinkommens und die damit zusammenhängenden Fragen der Industrialisierung der USSR sowie der wirtschaftlichen und politischen Befestigung der Arbeiterklasse, die Sicherung des Reallohns, die Festigung des Tscherwonez, endlich auch die planmäßige Stärkung der sozialistischen Elemente unserer Wirtschaft und die weitere Einschränkung der privatkapitalistischen Elemente in der Volkswirtschaft — alle diese Fragen münden in das Preisproblem.“

Indessen ist bei uns gerade in dieser Hinsicht nicht alles gut bestellt. Bisher produziert unsere Industrie, trotz sehr bedeutender Errungenschaften in der Herabsetzung der Selbstkosten- und der Fabrikpreise, t e u r e r u n d s c h l e c h t e r als die Industrie der kapitalistischen Länder oder sogar unsere Vorkriegsindustrie. Bisher sind unsere Geschäftsausgaben ungeheuerlich groß und unsere Waren gelangen an ihre hauptsächlichen Verbraucher — die Arbeiter und Bauern — zu Preisen, die mitunter für sie völlig untragbar sind. Während der Index der Fabrikpreise der Industrie in 3 Jahren von 3,03 am 1. 10. 1923 auf 1,94 am 1. 10. 1926 oder um 36 Prozent zurückgegangen ist, sank der Index der Kleinhandelspreise in demselben Zeitraum von 3,28 am 1. 10. 1923 auf 3,22 am 1. 10. 1926, also im ganzen bloß um 2,8 Prozent.

Auf diese Weise erwies es sich, daß alle Bemühungen der Industrie, möglichst billige Waren zu liefern, sich durchaus nicht in ihrem ganzen Umfange zugunsten der Konsumenten auswirkten und daß die meisten Resultate der Preissenkungsaktion der Industrie von dem Warenvertriebsapparat verschlungen wurden. Wenn vor dem Kriege die Kleinhandelspreise 20 Prozent über den Engrospreisen lagen, so übersteigt heute das Niveau der Kleinhandelspreise dasjenige der Engrospreise am 1. 10. 1924 um 40 Prozent, am 1. 10. 1925 um 51 Prozent und am 1. 11. 1926 gar um 64,1 Prozent! Mit anderen Worten: die Aufschläge des Detailhandels, des Vertriebsapparates übertreffen diejenigen der Vorkriegszeit um mehr als das Dreifache!

Es wäre indessen der größte sowohl ökonomische als auch politische Fehler, das ganze Problem der „Smytschka“ und der Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse selbst nur auf das Problem der Senkung der Kleinhandelspreise und der Schließung der Schere zwischen dem Engros- und dem Detailhandel zurückzuführen. Die Kluft besteht nicht nur zwischen den Großhandels- und Kleinhandelspreisen für Industriewaren, sondern auch zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Industriewaren. Nicht nur die Kleinhandelspreise, sondern auch die Fabrikpreise für Industriewaren sind sehr hoch. Und während als Ergebnis eines ganzen Systems von wirtschaftlichen Maßnahmen die Beschaffungspreise für landwirt-

schaffliche Produkte zurückgegangen sind, offenbaren die Engrospreise für Industrieerzeugnisse im Wirtschaftsjahr 1925/26 eine gerade entgegengesetzte Tendenz: die Tendenz zum Steigen. Wir bringen einen Vergleich der Bewegung der Beschaffungspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit dem Groß- und Kleinhandelsindex der Industriewaren.

Durchschnittspreise des „Chljaboprodukt“ in Kopeken pro Zentner	Großhandelsindex				Kleinhandelsindex des Konjunkturinstituts	
	Roggen	Weizen	Hafer	Gerste		
1. Juli 1925	675	786	721	442	1,90	2,63
1. Juli 1926	429	629	482	288	1,94	3,19
1. Januar 1927	426	601	349	381	1,93	3,19
am 1. Januar 1927 in Prozenten zum 1. Juli 1925						
	63,1	79,0	48,4	86,2	101,5	121,2

Der Bauer verkauft also im Vergleich zu 1925 die Erzeugnisse seiner Wirtschaft zu niedrigeren Preisen und ist genötigt, Industriewaren zu steigenden Preisen einzukaufen. Es ist natürlich ganz klar, daß diese Lage sowohl politisch als auch wirtschaftlich völlig unhaltbar ist. Es ist unmöglich, das Fundament der proletarischen Diktatur zu befestigen und eine gesunde Wirtschaftspolitik zu betreiben, wenn ihre Basis — das wirtschaftliche Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft — bedroht wird durch die immer größer werdende Erweiterung der „Schere“ einerseits zwischen den Groß- und Kleinhandelspreisen für Industriewaren und andererseits zwischen den Preisen für Industrie- und landwirtschaftliche Erzeugnisse.

*

Also stößt das Preisproblem sowohl auf das Problem der Fabrikpreise und der Selbstkosten der Industrieproduktion als auch auf das Problem der Schere zwischen Engros- und Detailhandel.

Wie bereits oben gesagt, errang die Industrie bedeutende Erfolge bei der Herabsetzung der Fabrikpreise und der Senkung der Selbstkosten. Der Großhandelsindex der Industriewaren ergab im Verlauf von drei Jahren eine Senkung um 36 Prozent. Indessen ändert sich das Bild der Preisbewegung in der Industrie recht wesentlich, sobald wir diese Bewegung nach den einzelnen Jahren verfolgen. Wird das Jahr 1913 als 1,00 angenommen, dann stellt sich die Bewegung der Fabrikpreise der Industrie folgendermaßen dar:

		In Prozenten gegen das Vorjahr	In Prozenten gegen den 1. 10. 23
1. Oktober 1923	3,03	—	100,0
1. Oktober 1924	2,08	68,3	68,3
1. Oktober 1925	1,90	91,3	62,7
1. Oktober 1926	1,94	102,1	64,0

Der Index der Fabrikpreise in der Industrie sinkt im Rechnungsjahr 1923/24 um 31,7 Prozent, 1924/25 um 8,7 Prozent; aber bereits im Jahre 1925/26 findet ein starker Umschwung statt, und die sinkende Tendenz wird von einer steigenden Tendenz abgelöst. Die Erklärung für diese Erscheinung ist vor allem in der Bewegung der Selbstkosten zu suchen, die in dem gleichen Jahre eine Steigerung (mit Einschluß der Steuer) um 2,77 Prozent aufwies.

Auf diese Weise muß die Erklärung für die im Wirtschaftsjahre 1925/26 sich ergebende steigende Tendenz der Fabrikpreise in der Industrie eben durch eine Untersuchung der Dynamik der Selbstkosten gesucht werden.

Welche Gründe haben die Steigerung der Selbstkosten hervorgerufen? Vor allem waren es die allgemeinen Bedingungen für die Arbeit der Industrie im Rechnungsjahre 1925/26. Die irrtümliche Veranschlagung im Herbst, die Ueberschätzung der Ernte und unserer Exportmöglichkeiten und daher auch des Tempos unserer industriellen Entwicklung veranlaßte die Industrie, die anfänglich in Aussicht genommenen Programme einzuschränken und das voraussichtliche Entwicklungstempo einer Reihe von Industrien zu verlangsamten, was sich auf die Selbstkosten sehr ungünstig auswirkte. In der Produktion verblieben zahlreiche Gruppen von Arbeitern, die angesichts der eingeschränkten Produktionspläne sich als völlig überflüssig erwiesen. Dies führte unvermeidlich zu einer Verlangsamung der Zunahme der Arbeitsproduktivität. Angesichts einer Steigerung der Arbeitsproduktivität um 10,1 Prozent im Vergleich zum Rechnungsjahr 1924/25 stiegen die Arbeitslöhne um 25 Prozent (nominell; die wirkliche Steigerung beträgt ungefähr 14 bis 15 Prozent). In den wichtigsten Industriezweigen stellt sich das Verhältnis zwischen dem Anwachsen der Arbeitslöhne und der Arbeitsproduktivität im Jahre 1925/26 folgendermaßen dar (das Wirtschaftsjahr 1924/25 = 100):

	Arbeitslöhne	Arbeitsleistung
Kohlenindustrie	132,7	114,6
Metallurgische Industrie	129,5	115,2
Elektrische Industrie	134,3	109,0
Textilindustrie	125,0	111,4
Zementindustrie	125,3	101,0
Gummiindustrie	132,6	102,4

In einer Reihe von Industriezweigen stiegen auch die Ausgaben für Rohstoffe um ein Bedeutendes. Diese Ausgaben stiegen in einzelnen Industriezweigen um 20 Prozent und mehr, in der Holzindustrie sogar bis zu 54,1 Prozent.

Zu den von der Industrie unabhängigen Faktoren gehört endlich in einer Reihe von Industrien die Steigerung der Pacht- und Anteilabschreibungen, der Abgaben, der Eisenbahntarife usw. Mit der Steigerung der Arbeitslöhne stiegen entsprechend auch verschiedene Aufschläge (für Kontrollversicherung, Kulturfonds) und Zuschlagsausgaben zu den Arbeitslöhnen.

Also war die Industrie zu großen Anstrengungen genötigt, um nur die Wirkung dieser verteuernenden Faktoren zu mildern.

Welche konkreten Maßnahmen ergriff die Industrie gegen den Einfluß dieser verteuernenden Faktoren? Vor allem produktionstechnische Verbesserungen. Verringert wurde der Verbrauch von Rohstoffen und Materialien pro Einheit der Produktion: in der Textilindustrie um 1,7 Prozent, in der Zuckererzeugung um 7 Prozent, in der Chromlederproduktion um 5,1 Prozent usw. Bedeutend verringert wurde der Verbrauch von Heizmaterial pro Einheit der Produktion: in der Steinkohlenindustrie um 22,3 Prozent, im „Asneft“-Trust (Asow-Naphtha) um 20,6 Prozent, in der Baumwollindustrie um 5,7 bis 17,5 Prozent usw. Herabgesetzt wurden endlich auch die Verwaltungs- und Geschäftskosten in einigen, wenn auch wenigen Fällen. Diese Unkosten gingen um viele Prozent zurück. Dessenungeachtet waren,

wie wir gesehen haben, alle diese günstigen Faktoren dennoch nicht imstande, die preissteigernden Faktoren zu überwinden, so daß die Selbstkosten sich dennoch erhöhten.

Anfangs unterschieden sich in bezug auf die Bewegung der Selbstkosten die Perspektiven des Jahres 1926/27 wenig von dem Zustande im Jahre 1925/26. Der Produktions- und Finanzplan der Industrie, der auf Grund der Kalkulationsangaben der Trusts und Syndikate aufgestellt wurde, hatte zur Voraussetzung die Stabilität oder bestenfalls eine Ermäßigung der Selbstkosten bis zu 1 Prozent.

Eine solche Lage und solche Aussichten konnten natürlicherweise nicht als irgendwie befriedigend angesehen werden. Die „Smytschka“ der Staatsindustrie mit der Bauernwirtschaft, die Industrialisierung des Landes und der sozialistische Aufbau forderten mit aller Entschiedenheit und Beharrlichkeit die größtmögliche Herabsetzung der Selbstkosten und die Verengung der „Schere“ zwischen den landwirtschaftlichen und den Industriepreisen. Auf den Bericht hin, den der Oberste Volkswirtschaftsrat über den industriellen Produktionsplan für das Rechnungsjahr 1926/27 erstattet hatte, verpflichtete der Rat der Volkskommissare die Industrie dazu, im laufenden Jahre eine Ermäßigung der Selbstkosten um mindestens 5 Prozent herbeizuführen, was, in Zahlen ausgedrückt, nichts anderes bedeutet als die Forderung, eine Ermäßigung der Selbstkosten um etwa 500 Millionen Rubel zu bewerkstelligen.

Diese Bestimmung kann und muß indessen — trotz der ungeheuren Verwirklichungsschwierigkeiten — ausgeführt werden, um so mehr, als die Industrie sehr bedeutende Möglichkeiten hat, um vor allem in der Verbesserung der materialtechnischen Posten große Produktionersparnisse vorzunehmen. In einer Reihe von Industrien hat trotz bedeutender Errungenschaften die Produktionstechnik — Verbrauch von Rohstoffen und Hilfsmaterialien, Verbrauch von Feuerung und Arbeitskraft, Produktivität der Maschinen u. a. m. — noch nicht einmal die Vorkriegsnormen erreicht. So wird beispielsweise der Verbrauch an Rohstoffen und Hilfsmaterialien pro Einheit der Produktion noch im Rechnungsjahr 1926/27 die Vorkriegsnormen in der Baumwollindustrie um 2,7 Prozent, in der Zuckerindustrie um 6 Prozent, in der chemischen Industrie um 4 bis 8 Prozent, in der Machorka-(Tabak-)Industrie um 7 Prozent usw. übersteigen. Der Heizstoffverbrauch für das Jahr 1926/27 wird in der Steinkohlenindustrie die Vorkriegsnormen um 26 Prozent und in der Flachsverarbeitung um 37 Prozent übertreffen. Der Verbrauch von Arbeitskraft pro Einheit der Produktion übersteigt in einzelnen Fällen die Vorkriegsnorm um 12 Prozent (in der Baumwollproduktion), um 14 Prozent (in der Eisen- und Stahlerzeugung und dem allgemeinen Maschinenbau) und gar um 20 Prozent im Schiffbau. Und dies unter der Bedingung, daß die Arbeitsproduktivität im Jahre 1926/27 um 12,6 Prozent und die Arbeitslöhne um 9,9 Prozent steigen werden.

Also steht die Rationalisierung der produktionstechnischen Prozesse und die Einführung eines größtmöglich produktiven und sparsamen Verbrauchs von Arbeitskraft für eine Reihe von Produktionszweigen noch bevor. Buchstäblich unbegrenzte Möglichkeiten bestehen für unsere Industrie auf dem Gebiete der Standardisierung und Spezialisierung der Produktion. Große Möglichkeiten bieten sich der Industrie im Sinne der Mobilisierung der

inneren Hilfsquellen, der Ausnutzung der illiquiden Fonds, der Beschleunigung der Kapitalzirkulation, der Herabsetzung des Ausschußprozents usw.

Hinzu kommt endlich auch die r ü c k s i c h t s l o s e und, was die Hauptsache ist, die t a t s ä c h l i c h e Durchführung des Sparregimes, die weitere Einschränkung der Zusatzkosten der Produktion und der Trusts, die planmäßige Arbeit zum Wiederaufbau und zum Neuaufbau, die gesteigerte Qualifizierung des Arbeits- und des technischen Personals. Das sind die ergänzenden Bedingungen, die ihren Einfluß auf die Ermäßigung der Selbstkosten, die Herabsetzung der Fabrikpreise und die Verengung der „Schere“ zwischen den Industrie- und Landwirtschaftspreisen werden erweisen müssen.

Es sei wiederholt, daß die Direktiven der Partei und der Regierung bezüglich der Herabsetzung der Selbstkosten verwirklicht werden können und müssen, da die Industrie über die dafür notwendigen Quellen verfügt.

*

Nicht minder akut als das Problem der landwirtschaftlichen und industriellen „Schere“ ist das Problem der Schere zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen. Letzten Endes interessiert den Verbraucher — den Arbeiter sowohl wie den Bauern — nicht nur und sogar nicht so sehr der Selbstkostenpreis der Industriewaren wie der endgültige Preis der Erzeugnisse. Und wenn die Industrie, abgesehen von noch größeren Möglichkeiten zur Herabsetzung der Selbstkosten, es dennoch zu bedeutenden Erfolgen bringen konnte, so sind diese Erfolge durch den teuren Handelsapparat wieder zunichte gemacht worden. Es darf zugleich nicht vergessen werden, daß das Anziehen der Kleinhandelspreise einen wesentlichen und einflußreichen Faktor für die Steigerung der Selbstkosten der Industriewaren darstellt. Auf diese Weise steht die Lösung des Selbstkostenproblems in unbezweifelbarem Zusammenhang mit der erfolgreichen Lösung des Problems der Senkung der Kleinhandelspreise.

Die Lösung des Preisproblems, wie sie von den lebenswichtigen Interessen der gesamten Volkswirtschaft und des sozialistischen Aufbaues diktiert wird, erfordert unbedingt die Lösung des Problems der Kleinhandelspreise. Der Handelsapparat verursacht unzulässig hohe Unkosten. Es genügt der Hinweis darauf, daß im Nationaleinkommen des Landes das spezifische Gewicht des Handels 18,2 Prozent, d. h. fast den fünften Teil ausmacht, gegen 8,9 Prozent in der Vorkriegszeit.

Wodurch erklären sich diese durchaus unangemessene Kostspieligkeit des Handelsapparates und die unzulässig hohen Kleinhandelspreise? Vor allem durch das Bestehen vollkommen überflüssiger Zwischenstellen, die die Ware passieren muß, ehe sie zum Verbraucher gelangt, und durch die übermäßig hohen Handelsaufschläge, die jede dieser Zwischenstellen erhebt. So z. B. macht der Zentrosojus, der ausschließlich Großhandelsoperationen durchführt, Aufschläge in der Höhe von 7,61 Prozent auf die Selbstkosten, die Gouvernements- und Bezirksverbände — kleinere Großhandels- und Kleinhandelsorganisationen — erheben außerdem noch 8,7 Prozent, und die städtischen Konsumvereine schlagen noch ihrerseits weitere 16,9 Prozent auf. Auf diese Weise wird die Ware beim Passieren allein dieser drei Zwischenstellen (dieses System wird von dem Handelsapparat zudem fast zum „Ideal“

erhoben) um 36,7 Prozent teurer, während der normale Handelsaufschlag vor dem Kriege nur 20 bis 21 Prozent betrug. Wird jedoch in Betracht gezogen, daß man sich sogar auf dieses „ideale“ dreigliedrige System nicht immer beschränkt, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß auch das spezifische Gewicht des Handels im Nationaleinkommen um etwa das Doppelte gewachsen ist.

Es wäre indessen ein großer Irrtum, zu glauben, daß die ungeheuerliche Zunahme der Handelsaufschläge ausschließlich in der Unwirtschaftlichkeit des Handelsapparates selbst ihre Erklärung finde. Es besteht kein Zweifel, daß hier Elemente der Unwirtschaftlichkeit vorhanden sind, aber eine große Rolle spielt dabei auch der Wunsch, durch eine gute Bilanz, einen hohen Gewinn zu „glänzen“. Und es gibt eine Reihe von kooperativen Organisationen, die es fertig gebracht haben, Gewinne von 100 Prozent und mehr im Jahr, in einzelnen Fällen sogar von über 400 Prozent herauszuwirtschaften! Solche „Gewinne“ grenzen bereits an ein direktes Verbrechen an der Arbeiterklasse, an den Interessen des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft.

Es muß übrigens gesagt werden, daß auch die Gewinne der gesamten Kooperation, die 54,7 Prozent ihrer eigenen Kapitalien und 135,1 Prozent der eigenen Umsatzmittel betragen, sehr groß sind. Indessen sind wohl diese Profite in Wirklichkeit zweifellos kleiner, da die Gewinne zum bedeutenden Teil in den Bilanzen unter der bescheidenen Rubrik der „zweifelhaften“ und „hoffnungslosen“ Schuldner gebucht werden.

Es besteht kein Zweifel, daß der Handelsapparat verbilligt werden kann und muß. Wir müssen ihn zwingen, die Schere zwischen den Engros- und Detailpreisen bis auf ihren normalen Zustand zu verengen; wir müssen ihn zwingen, die Unkosten der Zuleitung der Waren an den Verbraucher, insbesondere an die Bauernschaft, herabzusetzen.

Und daß der Handelsapparat wohl imstande ist, die Aufschläge zu vermindern und die Kleinhandelspreise zu ermäßigen, wird allein schon durch die Tatsache bezeugt, daß die Anweisung der Partei und der Regierung, die Preise bis zum Juni um 10 Prozent herabzusetzen, vom Handelsapparat bereits in die Tat umgesetzt zu werden beginnt. Und nach der Aufwärtsbewegung der Kleinhandelspreise zeigt im Februar der Kleinhandelsindex des Statistischen Hauptamtes bereits eine Preissenkung von 2,2 Prozent.

Die steigende Tendenz ist durch eine gesunde fallende Tendenz abgelöst worden, und es müssen alle Anstrengungen gemacht werden, damit die an den Warenvertriebsapparat ergangene Anweisung voll und ganz durchgeführt werde. Daran sind die Arbeiterklasse und die Bauernschaft interessiert; das ist notwendig für die Industrialisierung des Landes und für den sozialistischen Aufbau.

ALBERT TREINT:
DIE VEREINIGTEN STAATEN, MEXIKO
UND ZENTRALAMERIKA

In dem gigantischen Kampf, den der Imperialismus der Vereinigten Staaten Amerikas im Weltmaßstabe führt, spielen Zentralamerika und Mexiko eine Rolle ersten Ranges.

Diese Gebiete stellen die Landbrücke zwischen Nordamerika und Südamerika dar; daher haben sie einen großen strategischen Wert. Es ist in der Tat möglich, daß eines der Operationsfelder eines Weltkrieges, in welchen die Vereinigten Staaten verwickelt würden, auf dem amerikanischen Kontinent gelegen wäre.

Aber was noch mehr ins Gewicht fällt, ist die maritime Bedeutung des Gebietes der Landengen zwischen den beiden Ozeanen. Um von der atlantischen Küste zur pazifischen Küste des amerikanischen Kontinents zu gelangen, gibt es drei Einschnitte, drei Seewege, die in Betracht kommen.

Der erste Seeweg ist der Panamakanal, der schon fertiggestellt ist, der aber für die Durchfuhr der Schiffe nicht genügt. Abgesehen davon ist es von strategischer Bedeutung ersten Ranges, den Panamakanal doppelt und dreifach auszubauen.

Der zweite Weg, der, dank den Seen und Flüssen, an denen das Land überreich ist, der einfachste ist, ist der Kanal von Nikaragua, an dessen Fertigstellung gegenwärtig gearbeitet wird.

Der dritte in Betracht kommende Einschnitt könnte in Mexiko durch die Landenge von Tehuantepec gezogen werden und hätte den Vorteil, der Flottenbasis der Vereinigten Staaten am nächsten gelegen zu sein.

Zentral-Amerika und Mexiko beherrschen also hauptsächlich die bestehenden oder möglichen Seewege für den Handelsverkehr zwischen den beiden Meeresküsten von Nord- und Südamerika. Ueberdies beherrschen diese Meeresstraßen die direktesten Handelswege zwischen Europa und dem Fernen Osten. Aus diesem Grunde sind alle Probleme Zentral-Amerikas und Mexikos eng verbunden mit dem Kampfe der imperialistischen Mächte um den Stillen Ozean, das heißt um China und den Fernen Osten. Das ist die Ursache, warum in einem neuen Weltkriege die Landengen von Mittelamerika eine entscheidende Bedeutung haben würden. Ihre Besitzer würden die größten Möglichkeiten haben, um von einer Abdachung des amerikanischen Kontinents zur anderen geschmeidig zu manövrieren.

Mexiko hat nicht nur eine besondere maritime Bedeutung vom Gesichtspunkte der kommerziellen und strategischen Verbindungen. Mexiko, das an Bodenschätzen reich ist und von Petroleum überquillt, stellt gleichzeitig eine große und begehrenswerte Beute dar, zugleich ist es eine gefahrdrohende militärische Landbasis gegenüber der Südgrenze der großen Republik Nordamerikas.

Doch die Hand auf Mexiko zu legen, stellt eine Operation dar, die sich nicht ohne Schwierigkeiten bewerkstelligen läßt und die ebenso sehr den

südamerikanischen Kontinent in Bewegung bringen wie die Beunruhigung Japans erwecken würde. Schon in den Jahren 1914 und 1915 mußten die Vereinigten Staaten ihre Krallen von Mexiko zurückziehen. Seit dieser Zeit manövrieren sie ohne Unterlaß heimlich und systematisch, um ihren Nachbarn im Süden einzukreisen.

Das also sind die Gründe, aus denen die Vereinigten Staaten unermüdlich, und mit wachsendem Erfolge, darauf ausgehen, auf Zentral-Amerika und die Antillen Hand zu legen. Und schon haben sie sich die Herrschaft über jenes Gebiet, das man das amerikanische Mittelmeer nennt, beinahe gesichert.

In diesem „Binnenmeer“, das zwischen Zentral-Amerika, Mexiko und den Antillen gelegen ist, haben sich die Vereinigten Staaten im Laufe von zwanzig Jahren der wichtigsten Flottenstützpunkte bemächtigt. Desgleichen haben sie die Telegraphenkabel und drahtlosen Stationen in ihre Hände bekommen und kontrollieren infolgedessen die Verbindungswege zwischen den Ozeanen.

Sie haben Kuba wirtschaftlich, Portoriko politisch und San Domingo militärisch erobert.

Sie haben jetzt folgende maritimen Stützpunkte im Besitz: Key-West, eine Art Damm aus Koralleninselchen, die sich von dem äußersten Ende Floridas gegen die Antillen hinziehen; die Bucht von Guatemala im Süden Kubas; die Mole von Sankt Nikolaus bis Haiti; die Bucht von Samala östlich von Sankt Dominique, und die Virginischen Inseln, die im Nordwesten des Doppelbogens der Antillen ein Viereck bilden und dieselben beherrschen; die Mazanillo-Insel, die gegenüber Colon den Panamakanal beherrscht; das Corn-Eiland gegenüber dem Ausfluß des künftigen Kanals von Nikaragua und gegenüber Bluefield, wo soeben die Truppen der Vereinigten Staaten ausgeschifft worden sind; die Bucht von Fonseca an den Grenzen von Honduras und endlich die Grenzen Guatemalas.

Wie haben die Vereinigten Staaten diese Resultate erreicht. Wahrlich nicht durch rein friedliche Mittel. Wie alle Imperialisten haben sie mit List und Gewalt gehandelt, und sie haben ihre hinterlistigen oder blutigen Unternehmen mit ihrem scheinheiligen, biblischen Pazifismus der reformierten Kirche gedeckt.

Sie haben ihr Vorgehen vor allem durch die Rieseneinfuhr ihres Kapitals gesichert. Im Jahre 1926 allein haben sie 115 Millionen Dollar in Zentral-Amerika investiert. Die Gesamtsumme der Kapitalien, die sie in den mexikanischen Petroleumquellen angelegt haben, beläuft sich auf mehr als 600 Millionen Dollar. Außer den Kapitalien, die sie in der Industrie placiert haben, haben sie mit Hilfe des Dollars Zwistigkeiten und Kämpfe in den kleinen benachbarten Republiken geschürt. Sie haben die Menschen und politischen Bewegungen korrumpiert. Sie haben Parteien bestochen und ihrem Willen gefügig gemacht, sie haben Aufstandsbewegungen hervorgerufen und unterhalten, bewaffnet und bezahlt. Sie waren die Drahtzieher blutiger Unruhen. Sie haben aus den Spaltungen und Kämpfen, deren heimliche Urheber sie waren, Nutzen gezogen, um bei jeder Gelegenheit, auch mit Waffengewalt zu intervenieren. Sie haben auf diese Weise mit allen Mitteln ihre politischen Agenten in Zentralamerika und Mexiko unterstützt und haben aus den ihnen gefügigen Kreaturen Regierungshäupter und Präsidenten der Republik gemacht, Diktatoren, die ihren Interessen vollständig ergeben waren. So oft es ihnen gelungen war, mit Hilfe einer dieser Kreaturen eine kleine Republik

ihrer Macht zu unterwerfen, haben sie ihr eine wirkliche „Schutzherrschaft“ auferlegt. Die „Verträge“, die den kleinen Republiken Zentralamerikas seitens der Vereinigten Staaten entrissen wurden, sind alle nach ein und demselben Schema gemacht. Die Vereinigten Staaten erhalten aus den Küstengebieten Konzessionen. Die in der Nähe der interozeanischen Kanäle gelegenen Landstriche werden ihnen abgetreten. Staatsanleihen ermöglichen es den Vereinigten Staaten, die nun Gläubiger geworden sind, ihre Hand auf die Finanzen des Landes zu legen, ihre Kontrollkommissionen hinzuschicken, diese Kommissionen durch Landung von Marinesoldaten zu „schützen“ und so unter dem Deckmantel des internationalen Rechts in jedem Augenblick die Möglichkeit einer militärischen Intervention zu schaffen.

Ein kurzer geschichtlicher Abriß wird es ermöglichen, uns die Entwicklung des Imperialismus der Vereinigten Staaten im Gebiete der Landengen mit aller Deutlichkeit vor Augen zu führen.

Zentralamerika umfaßt fünf kleine Republiken: Guatemala, Nikaragua, San Salvador, Honduras und Costa-Rica.

Diese fünf Republiken bildeten einstmals die mittelamerikanische Union, die aber infolge der Intrigen der Vereinigten Staaten im Jahre 1840 aufgelöst wurde. Doch die Vereinigten Staaten verstanden es nicht sofort, die Situation in ihrem Interesse auszunützen, und so erlangte Großbritannien auf Grund des Bulliver-Clayton-Vertrages die Kontrolle der Landengen. Dies war allerdings nicht vor sehr langer Dauer. Als im Jahre 1898 die Vereinigten Staaten aus dem Spanisch-Amerikanischen Kriege als Sieger hervorgingen, unterwarfen sie tatsächlich Zentral-Amerika einem richtigen Protektorat und besetzten militärisch Nikaragua, Haiti und Sankt Dominique.

Im Jahre 1901 erzwingen die Vereinigten Staaten den Hay-Faucenot-Vertrag, auf Grund dessen das Gebiet der Landengen faktisch unter ihre Kontrolle kam.

Im Jahre 1903 schüren sie die Unruhen in der Provinz Panama, das sich von Kolumbien loslöst. Das „befreite“ Panama schließt mit der Roosevelt-Regierung die Kanal-Konvention, durch welche die Vereinigten Staaten von der französischen Gesellschaft den unvollendeten Panama-Kanal zurückkaufen.

Im Jahre 1907 versuchen die Vereinigten Staaten, deren Agenten die Mehrheit der kleinen mittelamerikanischen Republiken beherrschen, Zentral-Amerika unter ihre Hegemonie zu bringen. Der Pakt von Washington, der als ein Friedenspakt, als ein schiedsgerichtliches Abkommen, als ein gegenseitiger Sicherungsvertrag gegen Revolutionen hingestellt wurde, bestimmt die Einsetzung eines Schiedsgerichtshofes in San José (Costa-Rica).

Im Jahre 1912 brechen Unruhen und Aufstände in Mexiko aus. Ihr treibendes Element ist A. Diaz, einstiger Rechnungsführer mit einem Jahresgehalt von 1000 Dollar in einem Bergwerk von Pittsburg, der dann später Agent der Vereinigten Staaten in Nikaragua geworden war. Die Regierung von Washington unterstützt Diaz ganz offiziell. Sie besetzt teilweise Nikaragua und bringt es dahin, daß ihr Kandidat für die Präsidentschaft der Republik gewählt wird und erzwingt am 24. Juni 1916 den Abschluß des Bryan-Chamarro-Vertrages. In diesem Vertrag ist die berüchtigte Konvention über den Nikaragua-Kanal miteingegriffen. Dank diesem Verträge be-

mächtigen sich die Vereinigten Staaten der Großen und Kleinen Corn-Inseln im Antillenmeer. Endlich setzt der Vertrag die Finanzkontrolle und die Besetzung der Hauptstadt Managuay durch eine Yankee-Garnison fest.

Die Republiken Honduras und San Salvador legen gegen diesen Vertrag Protest ein. San Salvador geht sogar so weit, an die Vereinigten Staaten das Ersuchen zu richten, in klarer und genauer Weise ihre Auffassung von der Monroe-Doktrin zu umschreiben. Der Schiedsgerichtshof von San José in Costa-Rica erklärt den Vertrag für null und nichtig, für ungültig, da durch ihn die Unabhängigkeit und die Souveränität der fünf Staaten verschachert würden.

Im Jahre 1914 hatte der fehlgeschlagene Angriff auf Mexiko stattgefunden.

Bei Beendigung des Weltkrieges und in der unmittelbar darauf folgenden Zeit strebten die mittelamerikanischen Staaten von neuem danach, sich zusammenzuschließen, um dem Eindringen der Vereinigten Staaten Widerstand zu leisten. Die Republikaner von Guatemala, Honduras und San Salvador versuchten, die Zentralamerikanische Union wiederherzustellen, und bewogen die anderen Staaten dazu, sich ihnen anzuschließen. Guatemala spielte bei dieser Politik eine große Rolle. Im Jahre 1920 wurde der Generalresident Cabrera gestürzt. Sein siegreicher Rivale, der General Herrera, hatte den Zusammenschluß der Liberalen und der Konservativen, welche die wirkliche Unabhängigkeit erstrebten, herbeigeführt und eine vereinigte Partei, die den Vereinigten Staaten feindlich gegenüberstand, gebildet.

Als der General Herrera zur Macht gekommen war, stellte er sich die Aufgabe, die Bande zwischen Guatemala und der wiederhergestellten Zentralamerikanischen Union enger zu knüpfen und gleichzeitig auch Mexiko, das sich aus der Umschlingung durch die Jankees losgelöst hatte, zum gemeinsamen Kampf heranzuziehen. Die Antwort der Vereinigten Staaten blieb nicht aus: Sie schürten Unruhen in Guatemala, die schließlich damit endeten, daß Herrera am 5. Dezember 1921 durch den General Orellana, einen Agenten Nordamerikas, gestürzt wurde. Kaum hatte dieser die Zügel in die Hand genommen, als auch schon Washington durch eine gebieterische diplomatische Note die Republiken San Salvador und Honduras dazu „einlud“, mit Guatemala Frieden zu halten, was mit anderen Worten besagen sollte: „Rührt nicht an meinem Strohmann, dem General Orellana, mit dem ich soeben einen vorteilhaften Vertrag abgeschlossen habe.“

Am 29. Januar 1922 wurde unter dem Drucke der Vereinigten Staaten die Zentralamerikanische Union von neuem aufgelöst. Kurze Zeit danach wurde die Republik Honduras gewissermaßen zum Lehen der mächtigen „United Fruit Company“ (Vereinigte Frucht-Gesellschaft), die in Amerika das Monopol des Bananen-Exports besitzt.

Am Ende dieses Jahres, im Dezember 1922, sind es die Vereinigten Staaten, welche die Zentralamerikanische Union wiederherstellen, aber — unter ihrer Hegemonie. Der Pakt, der Nikaragua, San Salvador und Honduras miteinander verknüpfte und der dann auf Costa-Rica und Guatemala ausgedehnt wurde, wurde an Bord des amerikanischen Kreuzers Tacomat, unter dem Vorsitz Mr. Hughes, Ministers der Washingtoner Regierung, unterzeichnet.

Im Jahre 1923 fühlen sich die Vereinigten Staaten stark genug, um die Zuständigkeit des Gerichtshofes von San José, der den Vertrag von 1916 mit

Nikaragua für null und nichtig erklärt hatte, offen abzulehnen. Washington zwang Costa-Rica, sich damit einverstanden zu erklären, daß Jalinas der zukünftige Ausgangspunkt des Kanals von Nikaragua werde. Im Jahre 1922 und im Jahre 1924 wurden mit Sankt Domingo zwei Verträge abgeschlossen, welche das Eindringen der Vereinigten Staaten in diesen Staat bekräftigen.

Am 26. Juli wurde mit der Regierung von Panama ein Vertrag geschlossen, der das Protektorat Nordamerikas über das Land noch mehr ausbaute. Die Vereinigten Staaten erhalten die Manzanilla-Insel am Ausfluß des Kanals, die Kontrolle der Straßen und der Telegraphenstationen. Zugleich verpflichtet sich die Republik zur Gefolgschaft in allen Kriegen an der Seite ihres „Schutz“herrn.

Das sind die Mittel und Wege, durch die sich der angeblich „friedliche“ Imperialismus des Weißen Hauses die Kontrolle der Landengen zwischen den Ozeanen und die Beherrschung des Amerikanischen Mittelmeeres gesichert hat.

Danach können wir nun den Demokraten Wilson beurteilen, der im Jahre 1915 den Pan-Amerikanismus als „die Verkörperung, die tatsächliche Verkörperung des Geistes der Gesetzlichkeit und der Unabhängigkeit, der Freiheit und der gegenseitigen Hilfeleistung“ definierte.

Der republikanische Minister Hughes ist kein geringerer Heuchler als Wilson, wenn er, im Jahre 1925, den „Amerikanischen Frieden“ („Pax Amerika“) verteidigt, der nicht durch die Waffen, sondern durch die gegenseitige Achtung, durch den guten Willen und durch die beruhigenden Mittel der Vernunft aufrechterhalten werde.

Die jüngsten Ereignisse in Mexiko und Nikaragua

Mexiko hat durch seine Verfassung vom Jahre 1917 den Weg des Unabhängigkeitskampfes beschritten. Die Verfassung verbietet den Ausländern, Grund und Boden sowie Bodenschätze zu erwerben. Das Verbot gilt absolut im Umkreis von 100 Kilometer entlang den Land- und Wassergrenzen.

Mexiko kann sich tatsächlich nur dann national befreien, wenn es die Finanzmänner der Wall Street, die auf seine Petroleumquellen Hand legen, sowie den spanischen Klerus, der sich seiner großen Domänen bemächtigt hat und sie ihm seit Jahrhunderten vorenthält, abschüttelt.

Natürlich haben die Vereinigten Staaten nicht aufgehört, im Namen des sakrosankten kapitalistischen Eigentums gegen die Konstitution von 1917 zu protestieren.

Das Gesetz von 1925 bestimmt die Modalitäten der Anwendung der Verfassung von 1917. Es bestimmt, daß alle Eigentumsrechte von Ausländern in die Hände der mexikanischen Regierung zurückgegeben werden müssen. Diese Eigentumsrechte können nur zugunsten jener Fremden wieder in Kraft treten, welche erklären, sich in ihrer Eigenschaft als Eigentümer dem mexikanischen Regime zu unterwerfen, und welche versprechen, bei ihrer Regierung nicht Schutz zu suchen. Das Gesetz sollte vor dem 31. Dezember 1926 in Kraft treten.

Die Vereinigten Staaten beschränken sich nicht auf platonische Proteste.

Sie raten den amerikanischen Petroleumgesellschaften, Widerstand zu leisten. Diese verweigern der mexikanischen Regierung die Steuerzahlung

und glauben ihr damit finanzielle Verlegenheiten zu bereiten, die sie zwingen würden, zu kapitulieren. Im November 1926 verteilen die Gesellschaften Granaten und Maschinengewehre an ihr Personal.

Auf diese Zwischenfälle hin vollziehen sich wichtige Ereignisse in Nikaragua. Der Doktor Sacasa, Chef der liberalen Partei, entfacht eine aufständische Bewegung, um den Präsidenten A. Diaz, den Strohmann der Vereinigten Staaten zu stürzen und auf diese Weise das Land von der fremden Vormundschaft zu befreien. Die Regierung und die Bevölkerung von Mexiko verbergen ihre Sympathien für diesen Versuch nicht. Von jetzt an sind die Ereignisse in Mexiko und Nikaragua eng miteinander verknüpft, ein Ereignis wirkt auf das andere zurück.

Ende Dezember landen die Vereinigten Staaten ihre Marinesoldaten in Puerto-Cabezas und in Bluefield, besetzen einen Teil von Nikaragua und zwingen die Aufständischen in Form eines Ultimatums, binnen 24 Stunden die Gebiete, wo sie siegreich gewesen waren, zu räumen.

Die Republik von Salvador richtet einen Protest gegen die Landung an den Senator Borah, von dem man weiß, daß er der militärischen Intervention feindlich gegenübersteht. Der Senator Borah ist zwar nicht weniger imperialistisch als Mr. Kellogg, aber er wünscht eine geschmeidigere Taktik, und die Masse der Landwirte, die ihn gewählt haben, stehen militärischen Abenteuern feindlich gegenüber.

Als Erwidrerung darauf versorgen die Vereinigten Staaten neuerlich die Regierung von Diaz mit Waffen und Munition.

Gleichzeitig entfachen sie in den acht Provinzen Nordmexikos einen Aufstand von Generalen gegen Mexiko und bestechen die konservativen und klerikalen Banden des Herrn von Huerta in den Petroleumgegenden des „Goldenen Gürtels“.

Mitte Januar ziehen die Vereinigten Staaten ungefähr 60 Kriegsschiffe in den Gewässern von Kuba zusammen und bedrohen auf diese Weise sowohl die mexikanische Regierung mit Landung von Truppen in Vera-Cruz als auch den liberalen Aufstand der Partei von Sacasa mit einer Verstärkung der militärischen Besatzung.

Die Republik von Costa-Rica schlägt Diaz und Sacasa ihre Vermittlung vor. Diaz lehnt gemäß der Ratschläge des Weißen Hauses ab.

Sacasa erwidert den Vereinigten Staaten scharf, indem er sie informiert, daß er bei Lateinamerika Hilfe suchen wird, falls die Marinetruppen nicht unverzüglich zurückgezogen werden.

Lateinamerika beginnt sich zu rühren. Große Protestversammlungen werden in Buenos Aires und Rio de Janeiro abgehalten.

Am 21. Januar 1927 weigert sich das Parlament von Panama, durch die Ereignisse ermutigt, den Vertrag vom Juli 1926 zu bestätigen, der aus dem Lande eine richtige Kolonie Nordamerikas macht.

Der mexikanische Aufstand beruhigt sich. In den Vereinigten Staaten wächst die demokratische Opposition gegen die militärische Intervention. Die Regierung von Mexiko erklärt, bei Wahrung ihrer Rechte ein Schiedsgericht in der Petroleumfrage annehmen zu wollen. Die republikanische Partei, die in Washington an der Macht ist, scheint geneigt zu sein, ein provisorisches Kompromiß anzunehmen. Sie will ihre Kräfte gegen Nikaragua konzentrieren.

Anfang Februar bedeutet die Regierung in Washington dem Doktor Sacasa, daß er, selbst wenn er siegreich ist, nicht anerkennt und daß Diaz als Chef der regulären Macht betrachtet werden wird. Kurze Zeit danach landen neuen Streitmächte.

So wird unter unseren Augen die imperialistische Politik der Vereinigten Staaten in Mexiko und in Zentral-Amerika fortgeführt.

Für die Befreiung der von dem nordamerikanischen Imperialismus unterdrückten Völker

Aber angesichts des Imperialismus der Wall-Street und des Weißen Hauses erwachen die Völker des lateinischen Amerika. Sie erkennen immer mehr und mehr die Gefahren, die sie bedrohen. Sie erkennen die wahren Absichten von Onkel Sam, der sich ihnen mit Dollars in der linken Hand und mit einem „big stick“ (Knüppel) in der rechten Hand nähert. Sie setzen ihm einen immer mehr wachsenden Widerstand entgegen, der sogar manchmal seinen Ausdruck in der Regierung findet.

Die Vereinigten Staaten suchen diesen Widerstand zu brechen. Sie spalten, um besser herrschen zu können.

Nach dem Weltkrieg versucht Mexiko, das sich in einer Revolution befindet, von der erstickenden Umschlingung des Wall-Street-Kapitals, des Besitzers seiner Bodenschätze und seines Petroleums, sich zu befreien. Die Vereinigten Staaten brechen mit Mexiko die diplomatischen Beziehungen ab. Doch im Jahre 1922 erklären die Staaten von Südamerika auf dem Panamerikanischen Kongreß von Santiago in Chile den Beschluß, daß Mexiko an diesen Arbeiten nicht teilnehmen dürfe, als eine willkürliche Entscheidung. Der Kongreß beschließt überdies, daß der Minister für Äußere Angelegenheiten der Vereinigten Staaten nicht mehr von Rechtswegen der Präsident der Panamerikanischen Union sein soll, sondern daß dieser Posten auf Grund einer Wahl besetzt werden soll. Seit dieser Zeit präsidieren die Vereinigten Staaten der Panamerikanischen Union nur de facto (tatsächlich), nicht aber de jure (rechtlich).

Im folgenden Jahre (1923) findet neuerdings ein Kongreß in Santiago statt. Die Vereinigten Staaten machen den Vorschlag, die Beziehungen der Panamerikanischen Union enger zu knüpfen, d. h. ihren Einfluß auf diese Union zu stärken. Diesem Anspruche setzen Mexiko und Südamerika eine heftige Opposition entgegen. Aber Washington, das in diesem Punkte genötigt ist, nachzugeben, gelingt es, auf anderem Wege zeitweilig die anti-imperialistische Einheitsfront, die sich gegen die Hegemonie der Vereinigten Staaten anbahnt, zu zerreißen.

Die Vereinigten Staaten bringen es zuwege, den ABC-Vertrag zwischen Argentinien, Brasilien und Chile zu Fall zu bringen, indem sie Argentinien dazu anstiften, sich dem Vertrage nicht zu unterwerfen. Ferner unterstützen sie Chile gegenüber Peru und Bolivien, indem sie ihnen ihre willkürliche Entscheidung in dem in Schwebeliegenden Tacna-Arica-Konflikt aufzwingen. Diese zwei Provinzen, die reich an Bodenschätzen (Nitrate, Salpeter) sind, wurden im Jahre 1883 von Chile geraubt. Der Spruch, den Coolidge gefällt hat, zwingt nunmehr Peru und Bolivien, sich einem Plebiszit zu beugen, das unter dem Besatzungsregime Chiles abgehalten werden wird.

einem Plebiszit, an dem nur die Chilianer teilnehmen können, die im Laufe der letzten 40 Jahre eingewandert sind, die Peruaner und Bolivianer wurden dagegen verjagt. Endlich versuchen die Vereinigten Staaten in dem Augenblick, da Argentinien in den Völkerbund eintritt, Brasilien zum Verlassen des Völkerbundes zu bewegen, ein Manöver, das ihnen drei Monate später auch wirklich gelingt. Die Regierung von Washington sieht mit Besorgnis, daß Latein-Amerika in Genf an den Arbeiten des Völkerbundes teilnimmt und dort versucht, dem Yankee-Imperialismus das Gegengewicht der europäischen Imperialismen entgegenzuhalten.

In den Vereinigten Staaten verfolgen sowohl die Republikaner als auch die Demokraten dieselben imperialistischen Ziele und ihre Anschauungen gehen nur bezüglich der dabei anzuwendenden Mittel auseinander. Die Demokraten fordern eine geschmeidigere Taktik. Sie sind der Meinung, daß es mit ein wenig Geschicklichkeit gelingen könne, Lateinamerika im Kielwasser der Vereinigten Staaten hinter sich zu schleppen, und daß es möglich wäre, in Genf im Interesse der Welthegemonie Amerikas zu manövrieren. Die an der Macht befindlichen Republikaner sind der Ansicht, daß es zweckmäßiger ist, sich Europa offen entgegenzustellen, und daß es möglich ist, durch Schlaueit und Gewalt Lateinamerika bei diesem Kampfe ins Schlepptau zu nehmen. Aber die Gruppe der unentwegten Republikaner um Borah, die Europa auch nur in dem Sinne kennen, daß sie ihm ihr Gesetz diktieren, verlangt mehr Schonung für Lateinamerika, dessen Gefolgschaft durch die Methode der systematischen Durchdringung Lateinamerikas durch das Wall-Street-Kapital herbeigeführt werden soll.

Die werktätige Bevölkerung, die Arbeiterschaft, Bauernschaft und Kleinbourgeoisie Lateinamerikas, darf sich nicht durch das süßliche Gehaben der Demokraten und der „Unentwegten“ nach der Art Borahs gefangen nehmen lassen. Diese Leute sind mit ihrer Geschmeidigkeit nicht weniger gefährlich als die Coolidge und Kellogg mit ihrer Brutalität.

Die 700 Millionen Dollars, die in Lateinamerika durch die Vereinigten Staaten in den Jahren 1925 und 1926 angelegt wurden, sind für seine Unabhängigkeit nicht weniger gefährdend als die Panzerschiffe, Kreuzer und die ganze Yankee-„Marine“.

Die „Anti-imperialistische Liga“, die vor einigen Jahren gegründet wurde, muß das Instrument des Kampfes um die Befreiung Lateinamerikas vom Joch aller Imperialisten sein. Sie zählt schon eine bedeutende Anzahl von Sektionen als Mitglieder. Sie hat die Möglichkeit, sich rasch zu entwickeln und einen immer entscheidenderen Einfluß auf die Ereignisse zu nehmen. Die Liga ist bereits in Aktion getreten, um die Internationale Konferenz der Seeleute in Neu-Orleans zu organisieren, um gegen die Besetzung von Panama, gegen die Einkerkung Mellas in Kuba und gegen die Verhaftungen in Havanna zu protestieren. Sie hat eine mächtige Agitation für die Unabhängigkeit der Philippinen entwickelt, ferner Kampagnen gegen den Schiedsspruch der Vereinigten Staaten in der Angelegenheit von Tacna-Arica und gegen die bewaffnete Intervention in Nikaragua geführt.

Alle diese Kampagnen der Liga haben einen gewaltigen Widerhall gefunden. Unsere kommunistischen Parteien, sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Südamerika, haben die Pflicht, die Aktionen der Anti-imperialistischen Liga zu unterstützen und zu leiten.

Der Imperialismus von Washington mag noch so sehr seine Unternehmungen, die das einmal heuchlerisch, das anderemal blutig sind, durch das Geschrei, daß Moskau die Wirren in Nikaragua anstiftet, zu maskieren suchen. In Wirklichkeit ist es immer die Unterdrückung, welche den Aufstand der Unterdrückten hervorruft, und in dem Kampfe gegen den Yankee-imperialismus ist es die Kommunistische Internationale, die mit allen ihren Kräften auf seiten der unterdrückten Völker steht.

Gefahren des Weltkrieges

Man darf keinesfalls außer acht lassen, daß, wenn Mexiko und Zentralamerika heute der Brennpunkt des Kampfes Lateinamerikas um seine Unabhängigkeit sind, sie morgen zum Brennpunkt eines Weltkrieges werden können, eines Weltkrieges, der furchtbarer sein würde als der von 1914.

Ein Krieg um die Unabhängigkeit Mexikos und Zentralamerikas gegen die Vereinigten Staaten würde wahrscheinlich einen großen Teil von Südamerika mit sich reißen. Japan mit seiner auf seinen Inseln dicht zusammengedrängten Bevölkerung, erfüllt von leidenschaftlichem imperialistischen Geiste, beobachtete aufmerksam alle Vorgänge in Mexiko und in Zentralamerika. Im Jahre 1914 wurde die Haltung Mexikos in Tokio mit Begeisterung aufgenommen und die öffentliche Meinung in Japan verlangte ein Bündnis zwischen Japan und Mexiko gegen die Vereinigten Staaten. Seither hat sich Wichtiges ereignet: Während die Vereinigten Staaten durch ihr Einwanderungsgesetz vom 15. Mai 1924 sich vor dem Zustrom von Japanern abgeschlossen haben, hat ihnen Mexiko durch das Gesetz vom 31. September 1925 Tür und Tor geöffnet.

Japan würde im Falle eines Konfliktes bereit sein, Waffen und Munition an Mexiko zu liefern. Aber dies würde binnen kurzem den Krieg auf dem Stillen Ozean bedeuten, und dies bedeutet wiederum den Krieg um China und den Fernen Osten. Rollen nicht schon die gegenwärtigen Ereignisse in China mit aller Schärfe die Frage der Landungen zwischen den beiden Ozeanen auf? Kann man der Meinung sein, daß England in einem Krieg, in dem es um das Schicksal des südamerikanischen Kontinents ginge, indifferent bliebe?

Darum ist es notwendig, daß das Proletariat aller Länder auf der Wacht ist und sich darauf vorbereitet, dem imperialistischen Krieg, der ihm droht, Widerstand zu leisten.

Man muß mit klarem Blick alle Wege ins Auge fassen, auf denen der imperialistische Krieg kommen kann, die europäischen wie die amerikanischen Wege. Es gilt, Alarm zu schlagen, wenn Großbritannien und die Vereinigten Staaten den offenen Krieg gegen China führen, wenn das Frankreich Poincarés und das Italien Mussolinis einander mißtrauen, sich gegenseitig einschüchtern und für kommende Ereignisse rüsten. Es gilt, Alarm zu schlagen, wenn die Vereinigten Staaten den Aufstand auf mexikanischem Boden schüren, wenn sie Truppen in Nikaragua landen und eine militärische Intervention durchführen.

JULES DURET: DIE „NOUVELLE REVUE SOCIALISTE“

Das Charakteristikum der „Nouvelle revue socialiste“ ist das völlige Fehlen einer ernststen politischen Linie.

Diese „theoretische“ Revue ist nichts als ein Mischmasch unzähliger aufs Geratewohl herausgegriffener Artikel, die nicht selten sich gänzlich widersprechende Ideen verfechten (als Beispiel zitieren wir zwei Artikel über Polen, den einen von Niédzalkowski, den andern von Alter).

Die Mehrzahl der Mitarbeiter setzt sich im übrigen aus Ausländern zusammen, oder genauer gesagt, die Revue enthält die französische Uebersetzung von Artikeln, die in den ausländischen Organen der Zweiten Internationale erschienen sind.

Um aber nichtsdestoweniger zwischen den verschiedenen Nummern eine gewisse Kontinuität der Gedanken zu bewahren, liefert Bracke zu jeder Nummer eine „Analyse“ der politischen Situation, während Longuet sich die Revue der Revuen reserviert.

Abgesehen davon werden Fragen, die die französische Bewegung betreffen, nur selten diskutiert, in der Hauptsache dann, wenn die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei eine besondere Zuspitzung erfahren.

So beschäftigt man sich in Nummer 7 der Revue ausschließlich mit dem Kongreß von Clermont-Ferrand, auf dem sich die verschiedenen Strömungen der sozialistischen Partei bekämpften.

Zwei Dinge haben dort die „große Freundschaft“ getrübt, der Fall von Paul Boncour und die Fälle von Disziplinlosigkeit.

Paul Boncour ist Mitglied der Sozialistischen Partei und gleichzeitig Vertreter Frankreichs beim Völkerbund und verhehlt in dieser Eigenschaft nicht, daß ihm die Beschlüsse seiner Partei ebenso „schnuppe“ sind, wie der vorjährige Schnee.

Daraufhin große Wut bei der „linken“ Mehrheit und eine tiefschürfende theoretische Diskussion, um zu ergründen, ob ein Sozialist beim Völkerbund eine bürgerliche Regierung vertreten kann.

Einige Zitate aus Artikeln Louis Lévy's und Zyromskis werden uns helfen, die Mentalität der „linken“ Mehrheit zu verstehen.

„. „Wie heikel würde die Lage Boncours, der als Vertreter der Regierung Briand im Völkerbund aufgefördert werden könnte, Thesen zu verteidigen, die im Widerspruch mit denjenigen der organisierten Arbeiterschaft stehen. So natürlich es ist, wenn eine sozialistische Regierung einen der ihrigen in den Völkerbund schickt, so verständlich es ist, wenn die Partei darauf eingeht, daß einer der ihrigen eine Regierung in Genf repräsentiert, der sie ihre Stimmen leiht, so unlogisch ist es, wenn eine Regierung, die wir zu bekämpfen berufen sind, nach außen hin einen unserer Freunde zum Dolmetsch hat.“ (Louis Lévy.)

In der Tat, die Logik ist nicht die Stärke der Sozialisten. Uebrigens ist die Majorität Boncour gegenüber völlig machtlos. Er tut, was er will und pfeift auf ihre Beschlüsse. Mit derselben Ruhe, mit der er eine Regierung Poincaré vertritt, mit derselben Ruhe vertritt er auch eine Regierung Briand, wie er sich auch nicht im geringsten geniert, als Anwalt Carols von Rumänien aufzutreten und den Nachweis zu führen, daß eine simple Sterbliche gar keine Ursache hätte, böse zu sein, wenn ein königlicher Gemahl sie „versetzt“. Dieser habe ihr schon genug Ehre erwiesen, da er ihr ein Kind machte.

Der Kongreß hat im übrigen gezeigt, daß selbst die Freunde der Sozialistischen Partei die Gesundheit derselben für erschüttert ansehen.

„. Es besteht kein Zweifel, daß eine große Unzufriedenheit, deren Bedeutung viele von uns außer acht gelassen hatten, in den Reihen der Partei zum Ausdruck kam.

„. Die Physiognomie der alten sozialistischen Partei war verändert und viele legten sich die Frage vor, ob nicht die einzige praktische Folge der seit mehreren Monaten währenden Kartellpolitik die Umwandlung der sozialistischen Partei in eine radikale ist.

Nach und nach ist eine seichte Konzeption in die Partei eingedrungen, nach der sich der soziale Kampf zwischen rechts und links, zwischen Demokratie und Reaktion abspielt, zwischen Nationalem Block und Linkskartell.“ (Zyromski.)

Der Verfasser protestiert gegen eine solche Stellungnahme und solidarisiert sich mit folgender Erklärung I. B. Séveracs:

„Die Kräfte, mit denen die Sozialistische Partei in zufällige Bindung geraten kann, sind, wir haben es weiter oben gesehen, nicht immer dieselben. Heute ist sie mit der pazifistischen Landbourgeoisie gegen die kriegerisch gesinnte städtische Großbourgeoisie, morgen mit dem freihändlerischen Großkapital gegen die schutzzöllnerische Kleinbourgeoisie; heute mit dem flachen Land, morgen mit der Stadt. Heute mit der Partei, die die Laienschule verteidigt, morgen gegen sie, wenn sie den Lehrern verbietet, sich zu organisieren.“

Es liegt auf der Hand, daß ein derartiger ideologischer Morast jene Führer, die in der Wahlperiode bereit waren, um gewählt zu werden, mit dem Teufel selbst einen Block zu schließen, völlig zersetzen mußte.

Ungeachtet ihrer ganzen Nachsicht, sah sich die Mehrheit der Partei zu einer Geste gezwungen, die sich gegen einige Abkommen und allzu flagrante Verrate richtete.

„Marcel Déat hat mit dem Radikalen, Herrn Marchandau, eine Liste gebildet. Außerdem haben die beiden Kandidaten ein gemeinsames Programm verfaßt, was den Marseiller Beschlüssen strikt zuwiderläuft.

Endlich hat Marcel Déat es unterlassen, auf der Liste seine Eigenschaft als Sozialist kenntlich zu machen.“ (Louis Lévy.)

Außer dem Fall Déat gab es noch die Fälle Marquet und Poisson.

Resultat — es erfolgten keinerlei Sanktionen.

Aber eine andere Frage wurde auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzt, und zwar gegen den Willen der Führer: das war die Frage der Einheitsfront.

Der Druck der Massen mußte derart stark gewesen sein, daß der alte Fuchs Compère-Morel, der immer merkt, von wo der Wind weht, den Kommunisten zuzulächeln begann.

Selbstverständlich stigmatisierte der Kongreß zum tausendsten Male den „Machiavellismus“ der Kommunisten und lehnte jeglichen Kontakt mit ihnen ab.

Einige Zitate aus demselben Artikel Louis Lévy's werden uns das Verständnis für die Atmosphäre erleichtern, in der diese Debatten vor sich gingen.

„ . . . Nicht genug damit, daß der Kongreß das bolschewistische Manöver mit der Einheitsfront anprangerte, unterstrich er verschiedentlich, daß die Internationale (Zweite) den Sozialisten formell untersage, sich an Institutionen, wie die Rote Hilfe und die Arbeiterhilfe zu beteiligen, die in Wirklichkeit nichts anderes als Instrumente in der Hand der russischen Regierung darstellten.

. . . Goude sprach in der Montagssitzung von den Beziehungen des Sozialismus zu den Nachbarparteien und verstieg sich zu der Behauptung, wir ständen mit dem Kommunismus in Widerspruch in bezug auf die Doktrin selbst.

Compère-Morel erinnerte in diesem Augenblick, daß Doriot und Renaud Jean vor der Kammer erklärt hätten, daß zwischen Sozialismus und Kommunismus nur Fragen der Taktik stehen, und daß Leon Blum unter Billigung einer starken Majorität des Kongresses antwortete, ich kümmere mich nicht um diese oder jene Erklärung Doriot's oder Renaud Jean's. Ich weiß, daß wir in Fragen der Doktrin auseinander gehen.“ (Louis Lévy.)

Wir sind einverstanden mit Ihnen, Leon Blum, zwischen uns und ihnen besteht ein nicht zu überbrückender Widerspruch: Sie verteidigen die Bourgeoisie — wir das Proletariat.

In Nummer 9 kommt Longuet wieder auf den Völkerbund zu sprechen.

Nach seiner Ansicht hat Renaudel in der „Vie socialiste“ übertrieben, als er Otto Bauer und F. Adler „anschnauzte“ und ihnen vorwarf, sie seien bestrebt, die maßlosen nationalistischen Pläne zu verschleiern durch geschickte Berufung auf Prinzipien und einem stark internationalistischen Anstrich.

„ . . . Die gleichzeitige Anwesenheit in Genf von Sozialisten, die weniger die europäische Auffassung und die pazifistische ihrer Partei und der Internationale vertreten, als die nationalistische und imperialistische ihre betreffenden Regierungen, würde die größte Gefahr heraufbeschwören . . .“

Adler betonte gleicherweise den beunruhigenden Charakter der Elogen Boncours, die dieser bei seiner Warschauer Reise dem polnischen Militarismus gezollt und die Widersprüche, die jene Phrase bei den Internationalisten auslöste, die die Soldaten Pilsudskis als Vorposten der Zivilisation gegenüber Sowjetrußland bezeichnete.

Wie reagiert die sozialistische Partei darauf? Mit 21 gegen 8 Stimmen verwirft sie einen Antrag Zeromskis, der die Zurückziehung des Mandats fordert und akzeptiert denjenigen Leon Blums, der Boncour sein Mandat beläßt.

Es wäre daher verfehlt, wenn Boncour sich schämen würde, er kann sich zum König von Dahomé ausrufen lassen oder die Tochter Mussolinis heiraten, seine Partei wird ihm alles verzeihen.

Hat er im übrigen nicht erklärt, er werde sich „bei seinen Handlungen vor allem von den Interessen des Landes leiten lassen, die er den Interessen der Internationale gleichsetzt?“ und Longuet unterstreicht mit einem Seufzer: „das ist gerade die These des Nationalismus!“

In Nummer 13 finden wir auch einen Artikel von Longuet über „die Senatsfragen“. Aber was ist eigentlich geschehen?

Plötzlich hat sich unser Schaf in einen wilden Löwen verwandelt, er wettet gegen den Senat, den er die „reaktionärste Vereinigung Europas“ nennt, er wettet gegen seine Partei, gegen Renaudel, gegen die Radikalen, gegen die Kommunisten. Aber zuguterletzt kann man sich seinen Zorn erklären:

Der gute Longuet kandidierte bei den Senatswahlen und hat sich eine Schlappe geholt, und was für eine Schlappe!

Wie wenig braucht es doch, um einem Politiker sein Temperament wiederzugeben, der mit englischer Geduld alle Schweinereien eines Renaudel und eines Paul Boncour passieren ließ.

Wütend enthüllt er das Markten und die Machinationen, die den Wahlen vorausgingen. Auf diese Weise erfahren wir, daß Sozialisten und Sozialisten-Kommunisten sich erbittert um die Verteilung der Plätze stritten, da die Sozialisten nur schwer auf den Vorschlag eingingen, der zwischen ihnen und der Union socialiste-communiste, „einer Organisation, deren Kräfte beschränkt waren und sich auf fünf Gemeinden der Umgebung verteilten, während sie sowohl im restlichen Seine-Departement als auch im übrigen Frankreich gänzlich unbedeutende Bestände aufwiesen“, ein Verhältnis von vier zu zwei festsetzten.

Das Abkommen wurde trotzdem bestätigt:

„auf Drängen führender Genossen, denen daran lag, jede Reibung zwischen Sozialisten zu vermeiden, die im Grunde durchdrungen sind von den gleichen Grundsätzen, und die sich früher oder später in derselben Organisation wiederfinden werden“ (Longuet).

Und Longuet schließt mit einer pessimistischen Note:

Man darf sich keine Illusionen machen; wenn die Sozialistische Partei sich nicht mit ganzer Kraft auf die große Schlacht vom Mai 1928 vorbereitet, würde der gestern erzielte Erfolg ohne Wirkung und ohne Zukunft sein“.

In derselben Nummer findet sich ein Artikel von Jules Moch über die „wirkliche Abrüstung“, in dem er auf die Unfähigkeit des Völkerbundes auf diesem Gebiete hinweist und in dem er das Milizsystem als „die beste Defensivarmee“ preist, die er dem permanenten Heer gegenüberstellt.

Seinen Artikel kennzeichnet eine große theoretische Schwäche, nicht ein einziges Mal wirft der Verfasser das Problem auf: verträgt sich eine solche Verteidigungsarmee mit der imperialistischen Periode des Kapitalismus?

Er ist jedoch von seiner eigenen Kühnheit erschreckt und zittert bei dem Gedanken, man könnte seinen Aufsatz als Attacke gegen Paul Boncour, dem er seine „ganze Bewunderung“ zum Ausdruck bringt, interpretieren und erklärt, daß dieser Aufsatz, der seit langem schon verfaßt war, nicht eher erscheinen sollte, bis der Nationalrat der Partei der erregenden Genfer Debatte ein Ende bereitet habe.

In der von Longuet geleiteten „Revue des revues françaises“, beschäftigt er sich in der Hauptsache mit der „vie socialiste“ Renaudels und der „révolution prolétarienne“ Monattes und Rosmers.

Mit dem Ersten schlägt er sich herum, für die Zweite ist er des Lobes voll.

Nichtsdestoweniger kritisiert er diese, indem er dem „Proudhonismus“ den „Marxismus“ von Berth und Louzon entgegenstellt.

In Nummer 12 der Revue erlaubt er sich sogar einen großen Luxus: er erteilt Souvarine

eine kleine Anstandslektion. Nachdem er auf das gewissenhafteste alle Verleumdungen, die Souvarine über Sowjetrußland ausstret, wiederholt hat, fügt er hinzu, daß dieser „etwas zu weit gehe“.

Derjenige, der den Mut hat, die „Neue sozialistische Revue“ zu lesen, wird betroffen sein von ihrem völligen Mangel an Haltung und Gelehrsamkeit sowie ihrer Prinzipienlosigkeit. Selbst wo sie den Versuch macht, ihren opportunistischen Hintergrund durch „linke“ Phraseologie zu maskieren, reicht es nur bis zur Komödie.

In der ernststen Lage, in der sich das französische Proletariat befindet, widmet sie den Arbeiterfragen keinerlei Aufmerksamkeit. Wahlen, Völkerbund, das ist's, womit sie sich dauernd beschäftigt.

Politiker, Charlatane! würde unfehlbar der Arbeiter nach der Lektüre der „Neuen sozialistischen Revue“ ausrufen.

SAWDAR: INDIENS POLITISCHE ZUKUNFT*

Das Buch des Genossen Roy beschäftigt sich mit der wichtigsten Frage der revolutionären Politik im heutigen Indien, — mit der Frage der Organisierung einer Volkspartei, die die Interessen der Arbeiter, Bauern und des Kleinbürgertums vertritt. Die Notwendigkeit einer ähnlichen Organisation ergibt sich aus den gegenwärtigen Bedingungen der nationalrevolutionären Bewegung Indiens. Der indische bürgerliche Nationalismus hat mit einem vollkommenen Kompromiß mit dem Imperialismus geendet. Die indische Bourgeoisie neigte bereits in der Anfangsperiode ihrer Entwicklung zu einem Kompromiß mit dem Imperialismus. Dies erklärt sich daraus, daß

„infolge der erzwungenen industriellen Rückständigkeit des Landes die indische Bourgeoisie meist sich im Handel betätigte, der sowohl politisch wie wirtschaftlich vom britischen Imperialismus abhängig war. Politisch — weil die Sicherheit und die Ausdehnung des Handels eine feste Regierungsgewalt und Ordnung im Lande erforderten — Bedingungen, die die Engländer erfüllt hatten. Wirtschaftlich — weil die im Handel tätigen Inder, da Export wie Import so gut wie ein britisches Monopol darstellten, ökonomische Vasallen des Imperialismus waren.“

Die Zunahme des Handels führte jedoch zu einer Anhäufung von Reichtum in den Händen der zum Handel in Beziehung stehenden Inder. Während der dem Kriege vorausgegangenen 40 Jahre steigerte sich der indische Export von jährlich 630 Millionen Rupien (der Durchschnitt für das Jahrzehnt 1874/79) auf 4490 Millionen Rupien (Durchschnitt für die Jahre 1913/17); der Import stieg für diese Zeitperiode von 380 auf 1910 Millionen Rupien.

Der Mehrbetrag des Exportes gegenüber dem Import, der durch Herausziehung der den indischen Bauern zu einem Spottpreis abgenommenen Rohstoffe erreicht wurde, betrug von 1874 bis 1914 — 15 240 Millionen Rupien, von denen 6710 Millionen auf den Anteil der indischen Bourgeoisie in Form eingeführter Edelmetalle entfallen. Die indische Handelsbourgeoisie, die auf diese Weise kolossale Kapitalien anhäuften, suchte nun nach einer Anlagemöglichkeit für dieselben. Man konnte diesen Reichtum im Boden wie im Handel, den beiden wichtigsten Ausbeutungsgebieten, die der indischen Bourgeoisie offen standen, nicht günstig genug investieren. Es mußte nach günstigeren Methoden gefahndet, d. h. die industrielle Investierung des Kapitals angestrebt werden. Dieses Gebiet war aber dem indischen Kapital dank der Politik der Engländer verschlossen. Dadurch erklärt sich auch das Auftauchen des indischen bürgerlichen Nationalismus, der „vor allem Schutzzölle und fiskalische Autonomie“ forderte.

Im Anfange ignorierte der englische Imperialismus die Forderungen der indischen Bourgeoisie vollkommen. Dies gelang ihm deshalb, weil sich seine Herrschaft auf bestimmte soziale Faktoren in Indien selbst gründete. Diese Faktoren waren die Loyalität der reaktionären Landaristokratie, die zum Teile von den Engländern selbst geschaffen wurde, und die Passivität der Volksmassen. Außerdem lag die Zulassung einer Industrialisierung Indiens

* M. N. Roy: „Indiens politische Zukunft“ erscheint demnächst deutsch im Verlag Carl Hoym Nachfolger, Hamburg-Berlin.

nicht im Interesse des englischen Kapitals, weil die Engländer Indien als Markt und als Rohstoffquelle für die Versorgung der Industrie des Mutterlandes brauchten. Nach dem Kriege war der englische Imperialismus jedoch genötigt, seine Politik, die auf eine Verhinderung der Entwicklung der einheimischen Industrie gerichtet war, abzuändern. Die Kriegsbedürfnisse veranlaßten ihn sogar, die Entwicklung der indischen Industrie zu fördern. So ergaben sich für die englischen und indischen Kapitalisten Berührungspunkte, in denen ihre Interessen übereinstimmten. Auch im Interesse des Kapitalexportes waren die Engländer an der Industrialisierung des Landes interessiert. Ferner drohen der englischen Herrschaft in Indien große Gefahren seitens der anderen imperialistischen Gruppen, die sich bemühen, sich des indischen Marktes allmählich zu bemächtigen. Daher der Versuch der Engländer, in Gemeinschaft mit dem indischen Kapital die Kapitalisten anderer Länder vom indischen Markte zu verdrängen. Alle Forderungen der nationalistischen Bourgeoisie — die Industrialisierung des Landes, die fiskalische Autonomie und der Zollschutz — wurden aus diesem Grunde erfüllt. Um ihre Herrschaft in Indien zu verlängern, müssen die Engländer aber außerdem auch die indische Bourgeoisie auf ihrer Seite haben. Dies ist für sie deshalb eine Notwendigkeit, weil die frühere Passivität der Massen, auf der die Herrschaft der Imperialisten in Indien beruhte, geschwunden ist. Entsprechend dem wirtschaftlichen Uebereinkommen der Bourgeoisie mit dem englischen Imperialismus werden die politischen Parteien des indischen Kapitals immer gemäßigter. Die indische Bourgeoisie hat den politischen Wirrwarr jetzt nicht nötig: sie will den Frieden mit dem Imperialismus. Daraus erklärt sich denn auch, daß ein „ehrentvolles Zusammenarbeiten“ mit dem Imperialismus zum Programm der Swarajistenpartei wird. Die Swarajistenpartei will „dem Vaterland dienen“ lediglich in den gesetzgebenden Versammlungen, deren Mitglieder nur von 2 Prozent der Bevölkerung, d. h. von den Gutsbesitzern und Kapitalisten Indiens gewählt werden. Da Gutsbesitzer und Kapitalisten die soziale Basis der Swarajistenpartei bilden, muß sich dies unvermeidlich in deren politischem Programm widerspiegeln. Und in Wirklichkeit kam es auch so. Der Führer der Swarajistenpartei, C. R. Das, sagt:

„In der Tat gewährt uns das Imperium viele Vorteile. Der Status eines Dominions bedeutet heutzutage in keiner Weise Knechtschaft. Es ist im wesentlichen ein Bündnis zur Erreichung materieller Vorteile im Geiste wahrer Zusammenarbeit unter Zustimmung derjenigen, die am Imperium teilhaben . . .

Ich denke, es ist zum Besten Indiens, zum Besten der Republik der Nationen, zum Besten der Welt, daß Indien nach Freiheit innerhalb dieser Republik strebe und so der Sache der Menschheit diene.“

Vom Standpunkt der indischen Kapitalisten hat der Führer der Swarajistenpartei recht, denn der britische Imperialismus gibt einerseits der indischen Bourgeoisie die Möglichkeit, das Land zu industrialisieren, und schützt andererseits deren Gewinne vor revolutionären Gefahren. Die Swarajistenpartei ist in der Richtung des Bündnisses mit dem englischen Imperialismus noch weiter gegangen. Der Führer der Partei ist schon bereit, mit dem Imperialismus bei der Unterdrückung der revolutionären Bewegung zusammenzuarbeiten. Bei der Erörterung der Bedingungen für ein Uebereinkommen mit dem Imperialismus erklärte Das:

„Ich muß auch hinzufügen, daß wir unsererseits in der Lage wären, eine Art Versprechen zu geben, daß wir weder durch Worte, noch durch Taten die revolutionäre Propaganda fördern werden und daß wir alles, was in unserer Macht steht, tun werden, um einer solchen Bewegung ein Ende zu machen.“

Zu den Revolutionären gewandt, die die Swaraj durch bewaffnete Revolution erobern wollen, erklärte er:

„Ich frage die jungen Leute, die revolutionären Methoden zugetan sind, glauben sie, das Volk werde sich auf ihre Seite stellen? Wenn Leben und Eigentum bedroht sind, so ist die unausbleibliche Folge, daß die Leute, die darunter leiden oder glauben, sie könnten darunter zu leiden haben, sich von solcher Betätigung abwenden . . . Ich appelliere an die jungen Leute von Bengalen, die auch nur in ihrem verborgensten Innern an gewaltsame Methoden denken, solche Gedanken aufzugeben, und ich appelliere an die bengalische Provinzialkonferenz, klar und unzweideutig zu erklären, daß ihrer Meinung nach die Freiheit nicht durch solche Methoden erreicht werden kann.“

Mit einem Worte, im Interesse der indischen Bourgeoisie sollen die Revolutionäre ein für allemal den Gedanken an jedwede Revolution aufgeben. Revolutionäre Ereignisse

stören die friedliche Ausbeutung der 320 Millionen zählenden Bevölkerung Indiens vermittelt des englisch-indischen Kapitals.

Dieses Uebereinkommen findet seine Vollendung in dem Beschluß der Swarajistenpartei, unter gewissen Bedingungen Ministerposten in der gegenwärtigen englisch-indischen Regierung anzunehmen. Die Organisierung der Swarajistenpartei selbst bedeutete die Lösung der revolutionären Bewegung von revolutionären Aktionen der Massen. Dieser Rückzug vollzog sich unter dem Mantel der Obstruktion in den gesetzgebenden Versammlungen. An Stelle der Obstruktion ist aber jetzt die verfassungstreue Opposition getreten. Dieser Zusammenbruch des bürgerlichen Nationalismus bedeutet jedoch nicht das Ende des antiimperialistischen Kampfes: er bedeutet nur, daß die soziale Basis der nationalen Freiheitsbewegung nicht die Bourgeoisie, sondern die Volksmassen bilden werden, denn die Lage der Volksmassen (des Proletariats, der Bauernschaft, der Angestellten und Kleinbourgeoisie, der Handwerker, der Kleinhändler und der kleinbürgerlichen Intelligenz) wird dank dem Uebereinkommen zwischen dem englischen und dem indischen Kapital schlechter und schlechter. Die vom englischen Imperialismus der indischen Bourgeoisie gemachten Zugeständnisse sind eben auf Kosten der Volksmassen gemacht worden. Der Kampf dieser Klassen gegen den Imperialismus bleibt deshalb die gleiche Notwendigkeit, ja sogar eine noch größere Notwendigkeit als früher. Das Proletariat wird die Führung der antiimperialistischen Bewegung in seine Hand nehmen. Diese Bewegung muß organisiert werden. Die Swarajistenpartei prätendierte auf die Rolle eines Organisators der Volksmassen. Genosse Roy hat in dem zweiten Teile seines Buches jedoch den kapitalistischen Charakter dieser Partei klar nachgewiesen. Was die Versuche der Mitglieder der englischen Labour Party anbelangt, in Indien eine Arbeiterpartei zu organisieren, so können diese nicht von Erfolg gekrönt sein. Die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen die Labour Party Englands entstand, fehlen in Indien. Die britische Labour Party entstand in der Periode imperialistischer Expansion, und das mit dieser Expansion verknüpfte koloniale Raubsystem gab den Imperialisten die Möglichkeit zur Bestechung der Arbeiteraristokratie. Dadurch wurde die Labour Party zu einer parlamentarischen Partei. In Indien gibt es dagegen noch kein Parlament, keine demokratische Verfassung, — und deshalb liegt die Frage hier ganz anders; hier handelt es sich nicht um die Bildung einer konstitutionellen Partei, sondern um die Organisierung der Revolution, die allein Indien befreien kann. Daher die Aufgabe des Proletariats, all diese kleinbürgerlichen Klassen und Schichten in einer einheitlichen national-revolutionären Partei zu organisieren und sie zum Angriff gegen den Imperialismus zu führen.

Wir wollen jedem, der sich eine klare Vorstellung vom gegenwärtigen Stande der national-revolutionären Bewegung Indiens machen will, dieses Buch empfehlen, da es eine leninistische Interpretation der gegenwärtigen revolutionären Politik Indiens gibt.

PETER RODIN-BERLIN:

WIE „LINKE“ SOZIALDEMOKRATEN GESCHICHTE SCHREIBEN

Vor einigen Wochen jährte sich zum achten Male der Tag, an dem der große Denker und größte Historiker der alten Sozialdemokratie nach schweren Erschütterungen seines Körpers, hervorgerufen durch die Nachrichten über das Wüten der Noske-Banden, insbesondere über den Tod von Rosa und Karl, für immer zu atmen aufhörte. Der Tod Franz Mehrings glossierte schon damals den Weg der Kriegskreditbewilliger, der in seiner Hetze und seinem Kampf gegen alles Revolutionäre weitgehender und darum lumpiger, gemeiner ist. Vermochte der preußische Despotismus diesen klar denkenden Revolutionär, der mit eigenartiger Schärfe verstand, dem deutschen Proletariat die tiefsten historischen Probleme darzulegen, nicht zu beugen, so zeigten sich die Noske und Scheidemann darin überlegener: sie brachen ihn.

Wie Mehrings Werk geschändet wird

Aber nicht nur physisch wurde dieser gigantische Kämpfer für kulturelle und soziale Freiheit, gegen Reformismus und reaktionäre Herabwürdigung der deutschen Arbeiterklasse zu vernichten versucht. Heute geht man weiter. Die Sozialdemokraten glauben ihn totsichweigen zu müssen. So ist sein größtes Werk über die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie seit Jahren vergriffen. Statt eine Neuauflage erscheinen zu lassen, um den deutschen Arbeitern (besonders der jungen Generation) ein genaues Kennenlernen dieser reichen und interessanten Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die ihm absolut neue Kräfte für den Kampf verleihen würde, zu ermöglichen, hat der sozialdemokratische Parteiverlag (Dietz) ein Büchlein mit der Ueberschrift „Die Sozialdemokratie“ von dem bekannten „linken“ Landtagsabgeordneten der sächsischen Sozialdemokratie, Richard Lipinski, herausgegeben. Dieses Büchlein stellt den ersten Band zu einer Geschichte der deutschen Sozialdemokratie „von ihrem Anfange bis zur Gegenwart“ dar, in dem die Jugendzeit der sozialistischen Bewegung in Deutschland bis zur Gründung der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands 1875 in Gotha behandelt wird. Die Herausgabe dieses Buches war nicht im geringsten berechtigt. Mehring hat bereits eine klassische Geschichte der Sozialdemokratie geliefert. Die Anschaffungskosten für das Buch von Lipinski stellten sich verhältnismäßig genau so hoch wie die für das Mehringsche Werk. Höchstens wäre es wichtig, an die Mehringsche Geschichte anzuknüpfen und eine Abhandlung über die Entwicklung seit dem Fall des Sozialistengesetzes bis zum Weltkriege zu schreiben. Der Zweck der Schrift von Lipinski liegt aber eben in der gemeinen Verdrängung und Totmachung der Mehringschen Geschichte, was schon praktisch mit dem Nichtherausgeben einer Neuauflage, obwohl die bisherigen vergriffen sind, begonnen wurde.

Herr Lipinski, der Ritter des „edlen“ Plagiats

Aber wie schreibt der „linke“ Führer der SPD die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie? Er schreibt sie nicht; er plagiiert das große Werk von Mehring ganz einfach. Ein Mitglied des sächsischen Parlaments soll nicht einmal das Recht haben, Mehring in schurkischster Weise abzuschreiben? Und in der Tat, nehmen wir auch gar nicht an, daß der Staatsanwalt mit dem Herrn Lipinski so verfahren wird, wie mit irgendeinem hungrigen Zeilenschinder, der, um sein Stübchen zu wärmen, den Artikel eines großen Journalisten in ungeschickter Art seiner Redaktion als eigenes Produkt einschickt. Dennoch wollen wir nicht verabsäumen, der deutschen Arbeiterschaft, besonders den linken Sozialdemokraten, die „Leistungen“ selbst ihrer sogenannten linken Führer zu zeigen, da dies uns weit wichtiger ist, als was der Staatsanwalt tut oder nicht tut.

Also: Lipinski hat es sich in ganz übler Art erlaubt, Mehring im wahrsten Sinne des Wortes abzuschreiben. Dies, ohne ihn auch nur an einer Stelle seiner Geschichte zu erwäh-

nen. Die Sätze, die von Mehring stammen und vielleicht ein Drittel des Buches von Lipinski ausmachen, sind nicht einmal mit Anführungszeichen versehen, wie es üblich ist bei einer Erwähnung von Äußerungen anderer. Soweit es uns die Zeit erlaubte, haben wir Vergleiche angestellt, die hier andeutungsweise wiedergegeben seien. Einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben diese Angaben nicht.

So sind fast gänzlich S. 26/27 der Mehringschen Geschichte (ich benutze die vierbändige Ausgabe vom Jahre 1903/04) I. S. 69, 70, 71 und 74 entnommen. Weiterhin S. 42 bei Lipinski aus I. S. 106/107; S. 44 aus I. S. 232; S. 47 aus I. S. 128/129. Aus dem zweiten Bande von Mehring: S. 72 von S. 6/7; S. 73 von S. 7; S. 74 von S. 8/9; S. 75 von S. 10/11 usw. Dann S. 77 von S. 5. (Er hat sich anscheinend erinnert und ist zurückgegangen, oder ist es ein Trick der Plagiatoren?) S. 78 bringt etwas aus II. S. 21 usw. S. 121 aus S. 197 und 198. Der Band III von Mehring wird u. a. abgeschrieben auf der Seite 141 (aus Seite 30/31); S. 142 (ebenfalls S. 31); S. 146 (S. 63); S. 148 (S. 76); S. 149 (S. 81); S. 157 (S. 83, 87, 89); S. 158 (S. 98, 100 und 94); S. 159 (S. 103); S. 160 (S. 104); S. 161 (S. 111); S. 162 (S. 117 und 126); S. 166 (S. 167/168); S. 167 (S. 169); S. 168 (S. 170); S. 169 (S. 171/172); S. 174 (S. 187); S. 175 (S. 189); S. 177 (S. 215); S. 235 (IV. S. 9); S. 249 (IV. S. 80); S. 250 (IV. S. 281) usw. usw.

So schreibt ein Sozialdemokrat eine Geschichte, die im ganzen kaum 250 kleine Druckseiten umfaßt!

Wir haben mit Absicht so weit als möglich die vielen Zahlen gebracht, um jedem Leser die Möglichkeit zu geben, ohne langes Suchen die Richtigkeit unserer Behauptungen prüfen zu können. Eine solche Nachprüfung der von uns gemachten Angaben würde dem Leser erst richtig vorführen, was alles und in welcher Weise Lipinski abschreibt. So z. B. sind die Charakteristiken einzelner Philosophen und ihre Auffassungen, die Mehring in klassischer Form in seinem ersten Bande darlegt, wörtlich bei Lipinski zu finden. Auch die Schilderung über Weilling und andere Personen sind vollkommen übernommen, ohne den richtigen Verfasser mitzuteilen.

Wohl noch nie hatte die deutsche Arbeiterbewegung eine solche Erscheinung in dieser starken und ekelregenden Form aufzuweisen. Fürwahr: Herr Lipinski, dieser Ritter des „edlen“ Plagiats, ist wert, Führer der heutigen Sozialdemokratischen Partei zu sein, es entspricht voll und ganz dem Charakter der Sozialdemokratie (selbst der „linken“), solche Subjekte an repräsentativer Stelle zu haben.

Der ignoranten Historiker

Aber unser Ritter ist nicht nur ein Abschreiber „edelster“ Sorte; er ist noch dumm und unwissend obendrein. In unserem kindlichen Glauben dachten wir, daß das Schreiben einer Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zum mindesten eine Kenntnis der wichtigsten historischen Werke von Marx und Engels voraussetzt. Lipinski zeigt aber hier, daß ein Verlag, wie Dietz, schönes Papier verwendet, den Arbeitern teures Geld für Bücher abknöpft, auch ohne daß er für sein Buch diese Voraussetzung erfüllt hat. So schreibt er auf Seite 55 in einem Kapitel über den historischen Materialismus folgende Sätze, die anscheinend von ihm selbst stammen (oder: sollte er auch dies aus einer Schwarte eines ihm ebenbürtigen Historikers abgeschrieben haben?):

„Proudhon hatte seinem Buche den Titel gegeben: ‚Das System der ökonomischen Widersprüche‘ und den Nebentitel: ‚Die Philosophie des Elends. Auf diese Schrift antwortet Marx und Engels (!) in der Schrift: ‚Das Elend der Philosophie‘. An ihr hat zweifelsohne Marx den größten Anteil, mindestens an der klassischen Formgebung des Grundgedankens.“

Herr Lipinski, Sie sind aber ordentlich hineingefallen! Sie haben uns mit diesen Sätzen den eindeutigen Beweis dafür geliefert, daß Sie noch nie das Buch von Marx über das Elend der Philosophie in der Hand hatten, noch weniger es gelesen haben. Sie müßten sonst wissen, daß Marx der alleinige Verfasser dieses Buches ist, und würden nicht diesen Satz von der „klassischen Formgebung usw.“ gebracht haben, da er Sie, bei Lichte besehen, als abscheulichen Ignoranten hinstellt. Ueberhaupt weiß jeder Historiker der sozialistischen Bewegung, daß zu der Zeit, als Marx dieses Buch gegen Proudhon schrieb, noch nicht das enge Zusammenarbeiten mit Engels vorhanden war. Ferner sagt es doch für den Verfasser genug, wenn er ein Buch über die Geschichte der Sozialdemokratie schreibt und nicht einmal eines der bedeutendsten Werke von Marx gelesen hat. Aber dennoch wagt es dieser „linke“ Sozialdemokrat, noch etwa 25 Druckzeilen über dieses Buch, das er nicht kennt, hinzuschmierem.

Das Rätsel wird aber noch offener:

Franz Mehring schrieb in seiner glänzenden Marx-Biographie neben der Erwähnung der Polemik gegen Proudhon folgendes auf S. 127 (Ausgabe 1918):

„Und die Entwicklung des historischen Materialismus ist die größte wissenschaftliche Tat, die Marx vollbracht hat; sie leistete für die Geschichtswissenschaften, was Darwins Theorie für die Naturwissenschaft geleistet hat.“

Anschließend daran sagt Mehring:

„Engels hat seinen Anteil daran, und auch einen größeren Anteil, als er selbst in seiner Bescheidenheit zugeben wollte, aber die klassische Form des Grundgedankens hat er wohl mit Recht seinem Freunde ausschließlich zugeschrieben.“

Oh, wie schrecklich dumm sind Sie, Herr Lipinski. Sie haben nicht Marx gelesen, sondern die populär gehaltene Biographie von Mehring nicht verstanden.

Zuerst behauptet Lipinski eine historische Unwahrheit, und zwar, daß Engels einen direkten Anteil an der Antwort gegen Proudhon hat. Dann nimmt er eine Stelle von Mehring über die Leistungen von Marx und Engels an der Herauskristallisierung und Darlegung des historischen Materialismus und setzt sie in seinem Buch an einen ganz falschen Platz, so daß noch die historische Unwahrheit durch eine vollkommene Verdrehung Mehringscher Sätze, was eine unbeschreibliche Konfusion entstehen läßt, verstärkt wird.

Dabei wollen wir bemerken, daß er nicht nur aus der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, sondern auch aus Mehrings „Karl Marx“ abgeschrieben hat. So sei als Beispiel folgender Satz angeführt, der aus diesem Buche wörtlich entnommen ist:

„... daß die ökonomische Produktion und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung einer jeden Geschichtsperiode die Grundlage bilde für die politische und intellektuelle Geschichte dieser Periode, daß demgemäß die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen sei, Kämpfen zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden, beherrschten und beherrschenden Klassen auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung, daß dieser Kampf aber jetzt eine Stufe erreicht habe, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse, das Proletariat, sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse, der Bourgeoisie, befreien könne, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien.“

Dieser Satz stammt aus der Marx-Biographie S. 127 und 128 und ist bei Lipinski auf Seite 65 wörtlich zu finden — selbstverständlich wie immer ohne Quellenangabe.

Es scheint, daß sich unser Ignorant in Mehring verliebt hat, er hätte besser getan, ihn erst verstehen zu lernen. (Ob Lipinski noch andere Bücher von anderen Verfassern abgeschrieben hat, können wir nicht beurteilen, da wir die hierzu notwendige Zeit nicht aufwenden konnten.)

Auch sonst zeigt Lipinski, daß es mit seiner Kenntnis historischer Dinge nicht gut bestellt ist. So lesen wir auf S. 242:

„Um diese Angriffe (gegen Schweizer) zu entkräften (!), wurden Bebel und Liebknecht zu der für den 28. März 1869 nach Elberfeld-Barmen berufenen Generalversammlung eingeladen und zugelassen.“

Ein Arbeiter, der nur etwas über die damalige Bewegung gelesen hat, weiß schon, daß Bebel und Liebknecht nicht Angriffe gegen Schweizer entkräfteten, sondern richteten. Jedoch unser edler Ritter glaubt, daß man Geschichte schreibt, indem man nur ein Organ, und zwar das zum Sitzen in Anspruch nimmt. Ebenso ist es bezeichnend, wenn Lipinski ein großes Stück von Mehring (S. 172 des III. Bandes) wörtlich abschreibt, jedoch einen Ausdruck ändert. So schreibt Mehring:

„Die Adresse beginnt damit, die große Tatsache festzustellen, daß sich die Not der Arbeiterklasse in den Jahren von 1848 bis 1864 nicht gemindert habe ...“

Lipinski schreibt aber:

„Die Adresse stellt die Tatsache fest, daß die Not der Arbeiter in den Jahren 1848 bis 1864 sich nicht geändert habe ...“

Auch die anderen Stellen zeigen, daß Lipinski viel zu wenig mit diesen Fragen bekannt ist, um wenigstens richtig plagieren zu können. Z. B. finden wir nur eine Erwähnung, aber keine Kritik der ökonomischen Theorie von Lassalle usw.

Die politische Bedeutung der schlecht abgeschriebenen
Geschichte eines „linken“ Sozialdemokraten

Noch interessanter und typisch für die „Linken“ ist die Wiedergabe des Kommunistischen Manifestes auf den S. 67, 68 und 69. Hier schreibt er Mehring ab, aber in einer für heutige Sozialdemokraten sehr bezeichnenden Art.

Lipinski schreibt:

„Alles beruhe aber darauf, daß die Bourgeoisie sich das Privateigentum an Produktionsmitteln angeeignet habe. Die Ausbeutung und das Elend könne nur durch die Aufhebung des Privateigentums und die Vergesellschaftung der Warenproduktion schwinden.“ (S. 69.)

Wenn man einen Vergleich anstellt, so ist ersichtlich, daß, während Mehring überzeugt ist davon, daß das Elend nur durch die Aufhebung des Privateigentums und durch die Vergesellschaftung der Warenproduktion schwindet, Lipinski es so hinstellt, als ob noch sehr stark daran zu zweifeln ist. Dies wäre gar nicht so bedeutend, wenn wir damit nur feststellen wollten, daß Lipinski den Weg des Kommunistischen Manifestes nicht für richtig hält; es kommt uns darauf an, an Hand dieser Abschreibung Mehringscher Sätze zu zeigen, daß die „linken“ Sozialdemokraten selbst in theoretischer Beziehung Fleisch vom Fleische und Blut vom Blute der rechten sind.

Und so ist nicht der Zweck des Artikels, die interessante Feststellung zu machen, daß Herr Lipinski mit seinem Buch ein schlechtes Plagiat der Mehringschen Geschichte geliefert hat, was größtenteils Wissenschaftler und „Grübler“ angeht, insofern für diese unser edler Ritter einer Beschäftigung wert erscheint, sondern hauptsächlich im Aufzeigen der politischen Bedeutung dieses Buches von Lipinski. Auch darf dabei nicht Lipinski als Person in erster Linie betrachtet werden. Es ist mit Recht für die sozialdemokratischen Arbeiter noch nicht genug, wenn bewiesen ist, daß Lipinski ein übler Plagiator ist oder daß der Dietz-Verlag solche Bücher herausgibt, statt daß er in einer Massenaufgabe Mehrings Geschichte neu auflegt. Wichtig ist, an Hand dieses Buches die Rolle der „Linken“ vom Schlage unseres edlen Ritters aufzuzeigen, sowie die Methode ihrer Arbeit.

So kann und muß eine Parallele gezogen werden mit der Methode, die Lipinski bei diesem Buche angewandt hat und mit der politischen Methode, die die Lipinskis stets anwenden. Was sehen wir an dem Buche von Lipinski? Des großen Revolutionärs Mehring Sätze werden abgeschrieben, um aus ihnen eine reformistische und völlig unmarxistische Geschichte herzustellen. Genau so ist es mit den politischen Handlungen der Führer in der Art Lipinskis. Revolutionäre Sätze und Phrasen, die irgendwo abgeguckt werden, verdecken die reformistischen und konterrevolutionären Handlungen dieser „Führer“. Daß dies weit gefährlicher ist als offener Opportunismus, muß nicht erst gesagt werden.

Lipinski weiß eben, daß eine offen unmarxistische Geschichte der Sozialdemokratie von jedem Arbeiter unbeachtet gelassen wird. Genau so wissen die Lipinskis, daß eine offen konterrevolutionäre Politik von jedem deutschen Arbeiter erkannt und bekämpft wird.

So ist die Bedeutung dieses Buches für die deutsche Arbeiterschaft zu verstehen.